Nr. 144

INTERIM

auswärts 2,50 DM

Wöchentliches Berlin-Info

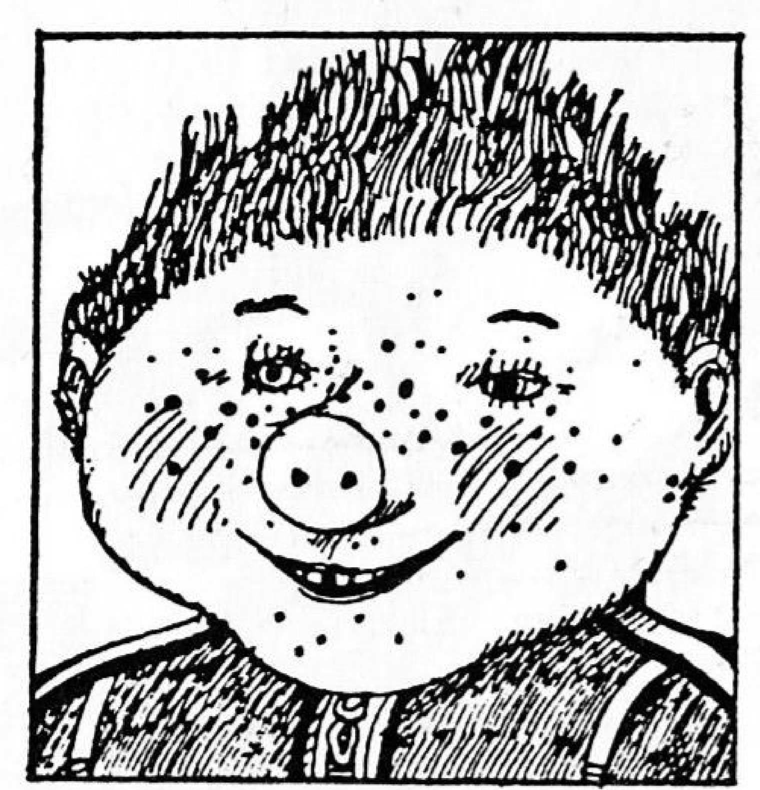
2 DM

25. April 1991

BILDET VIELE GRAUE ZELLEN - HERAUS ZUM REVOLUTIONÄREN 1. MAI



VORWORT



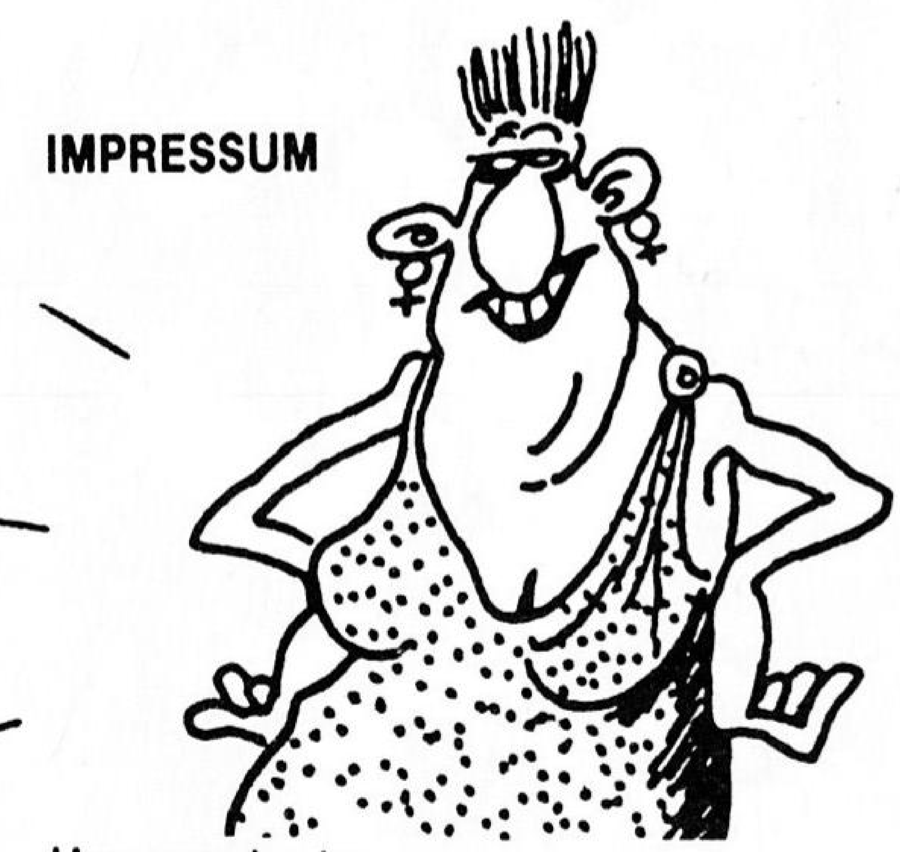


Es gibt dieses Mal zwei verschiedene Vorschläge für die Umgehensweise mit dem 1.Mai: der offizielle Aufruf des revolutionären 1.Maiplenums und der Vorschlag des Mittwochsplenums der Sanigruppe, zur DGB-Demo zu gehen. Wir finden es merkwürdig, ein Ritual, das zu dürftig geworden ist, zu kritisieren und dafür mit einem viel älteren Ritual, das damals schon dürftig war, aufzuwarten. Konkret: sich in die DGB-Demo einzureihen,heißt Teil dessen zu sein, auch wenn wir als schwarz-roter Block kenntlich waren, so waren wir als kritische, kleine Masse nur solange geduldet, solange wir uns an die Spielregeln von DGB und Bullen hielten. Die Reaktionen, wenn wir sie verließen, haben wohl alle noch im Gedächtnis. Wir können am Rande der Demo versuchen, Kontakt zur "Basis" aufzunehmen, aber das ist was völlig anderes, als zur DGB-Demo zu mobilisieren.
Und zum revolutionären 1. Mairitual wäre noch zu sagen,daß revolutionär eigentlich auch beinhaltet, radikal mit überkommenen Ritualen brechen zu können und Ausdrucksformen zu finden, die besser zu dem passen, was wir real leben.

Da wir den Volxsport selbstverständlich nicht zensieren, haben wir einen LeserInnenservice eingerichtet: Ort, Zeit und Art der sportlichen Betätigung sind gekennzeichnet. Wir finden Erklärungen nach wie vor wichtig: als politische Aussage, als Diskussionsgrundlage, als Klarstellung an die von uns Angegriffenen. Für die Zeitung fänden wir allerdings besser: kürzer, knapper und treffender. Sie werden sonst überblättert und/oder überlesen.



IMPRESSUM



Herausgeberin:
Interim e.V.
Gneisenaustr. 2 a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Inhalt:

Wir halten Hintergrundinformation zu dem Konflikt von ASYL eV mit der Heilig-Kreuz-Gemeinde bezüglich der Räume in der Nostitzstraße für wichtig und interessant; das dazu in dieser Ausgabe abgedruckte Papier von ASYL ist uns aber zu oberflächlich: die tatsächlichen Kündigungsgründe seitens der Kirche werden aus der Stellungnahme nicht ersichtlich, insbesondere ob politische Gründe hinter der Kündigung stehen und wenn ja welche, geht aus Eurem Papier nicht hervor. Genau diese wären aber für Außenstehnde von Wichtigkeit, um den Konflikt beurteilen oder sich gar selbst dazu verhalten zu können. Vielleicht könnt Ihr das aufnehmen und eine genauere Darstellung nachreichen...

Wo die Fettnäpfchen stehen, geht's lang

Hinter den in dem Artikel ("Für revolutionäre Organisierung") angesprochenen Kritikpunkten - (ob nun im einzelnen berechtigt oder nicht, sei hier erst einmal außer Acht gelassen) - sehen wir das grundsätzliche Dilemma unserer Zeitungskonzeption, wie wir es vor ca. 2 Jahren mal formuliert haben: "Wir wissen sehr gut, daß sich so ein Medium früher oder später zwischen den Widersprüchen zerreiben muß, in die es notwendigerweise gerät: Kontroversen auslösen zu wollen und die dann auch gegen sich gerichtet sehen, politisch mitzudenken, Stellung zu bezioehen und dann doch wichtige 'abseits liegende' Positionen auszublenden, die gerade wichtig wären. Die eigenen Ansprüche an ein gutes Kommunikationsmedium immer weniger erfüllen zu können, und schließlich der hohe Arbeitsaufwand, die vielen Diskussionen. (...) Wir sind genauso orientiert oder orientierungslos wie die Bewegung oder einzelne Teile von ihr. (...) Eine Zeitung kann die 'Bewegung' genauso vorantreiben wie andere Gruppen, die sich zusammensetzen und zu dem Ergebnis kommen: das ist der Punkt, da geht's weiter, das muß gemacht werden, und das dann eben anpacken und so anderen die Möglichkeit geben, sich daran zu orientieren oder sich eben daran zu reiben. Unsere Möglichkeiten dafür sind begrenzt. Sie liegen hauptsächlich in der Auswahl und allenfalls Kommentierung von Papieren, die von anderen kommen. Gleichzeitig sind wir durch unseren Anspruch, kursierende Flugblätter und Erklärungen so weit wie möglich zu dokumentieren, natürlich ein Spiegelbild. Wenn wir nur das wären, wären wir bessere Fotokopierer oder jedenfalls keine politisch denkenden und handelnden Subjekte. Wir glauben, daß ein Spiegelbild die Bewegung vorantreiben kann, wenn es kein schönfärbender Schneewittchen spiegel ist, sondern eben auch ein schonungsloser Spiegel, der Fragen unausweichlich macht." (Zitat Ende!)
Und gerade das versuchen wir umzusetzen, auch mit dem Wissen, daß es uns weiterhin viel Kritik einbringen wird. Wenn uns dann aber "Hetze" à la FAZ-TAZ u.ä. vorgeworfen wird, übersteigt das unsere Vorstellung von solidarischer Kritik, und wir sind dann mindestens so sauer wie Ihr!

Für revolutionäre Organisierung!(?)

dn die Interim-Redaktion -
mit der Aufforderung zur Veröffentlichung

Wir sind sauer über euren Ungang mit Leuten, die der Interim Beiträge schicken, über euer zunehmend unverantwortlicher und überheblicher werdendes Verhalten gegenüber eurer Basis, die die Zeitung nutzt und für die die Zeitung nach Darstellung eures Selbstverständnisses gemacht wird. Teilweise nervt uns schon länger eine gewisse Flapsigkeit in euren Kommentaren, aber bisher fanden wir euer Verhalten solidarisch und im großen und ganzen korrekt. Außerdem finden wir's eh gut, daß sich Leute die (unbezahlte) Arbeit machen, eine Zeitung in dieser Kontinuität

herauszubringen. Ein nicht gerade übliches Verhalten in der autonomen Szene. Seit einiger Zeit, besonders seit der 142, geht das Ganze aber in eine Richtung, die wir nicht mehr akzeptabel finden. Ein paar Beispiele:

* Der Bullenvorwurf gegen F.Hardy und Compagnon:
Ihr veröffentlicht ein Papier zur Enttarnung von zwei Spitzeln nicht, weil ihr meint, daß es nur Vermutungen und keine Fakten enthält (I.129). Soll heißen, die angeführten "Beweise" genügen euch nicht, um jemanden öffentlich als Bullen zu denunzieren. Gleichzeitig legt ihr das kritisierte Papier im "Ordner" ab, wo es eben auch öffentlich zugänglich ist, anstatt von den VerfasserInnen eine genauere Stellungnahme zu fordern. Also: wenn es für euch nicht erwiesen ist, daß das Bullen sind, wieso macht ihr dann Photo und Anschrift öffentlich?
(Wir fanden das Enttarnungspapier übrigens auch großkotzig und ungenau, die Aktion selbst aber gut. Die aufgeführten Fakten sind ausreichend, um gegen so jemand vorzugehen.)
In der letzten Nummer (143) reichen die VerfasserInnen des Enttarnungspapieres die fehlende Seite mit dem Visaantrag nach und fordern euch zur Stellungnahme auf, wo die fehlende Seite damals geblieben ist, warum sie nicht mit im "Ordner" gelandet ist - warum sagt ihr nix dazu?

* Euer Kommentar zum 1.Mai-Plenum im Vorwort 143: "Auf's äußerste erfreut waren wir über die Tatsache, daß sich das 1.Mai-Plenum nun doch schon in der Lage befindet, die Sinnesfrage nicht nur zu stellen, sondern auch in kürzester Zeit beantworten zu können. Herzlichen Glückwunsch." Reichlich arrogant! Solche Kommentare erwecken den Eindruck, daß ihr nicht Teil der autonomen Bewegung seid, sondern KritikerInnen, die irgendwo da oben sitzen und mal runterschauen, was die Kleinen denn zustande bringen.

* Ihr habt einige Male dazu aufgerufen, Beiträge nicht nur fertig getippt, sondern auch mit fertigem Layout zu schicken. Wir haben mehrfach mitgekriegt, daß ihr Bilder aus Texten wieder rausgemacht habt, wo sie zum Teil im Zusammenhang mit dem Text eine bestimmte Aussage hatten. Fiktives Beispiel: wenn auf einem Plakat zu Widerstand gegen irgendwas aufgerufen wird, bekommt das Ganze doch nen anderen Ausdruck wenn eine Szene aus einer Straßenschlacht oder abgebrannte Baufahrzeuge abgebildet werden..Da wird doch dann auch übers Bild vermittelt, daß solch ein Widerstand machbar ist.

* In der 142 zitiert ihr eine Passage aus einem 1.Mai-Plakat, die völlig überzogen ein Bewußtsein der rev. Linken zu Knast beschreibt, das reell natürlich überhaupt nicht vorhanden ist. Ihr schreibt drüber: "wortgewaltige Schertz - Kekse", was wohl ausdrücken soll, daß es sich dabei nur um ein Bullen-Teil handeln kann. Perfider Spaltungsversuch des VS ? Desorientierungskampagne vom Staatsschutz? Bei den Witzeleien über andere, die ihr euch ständig erlaubt (z.B."Volxsport,Leistungssport.."), müßtet ihr auch anderen Leuten zugestehen mal ironisch über die Szene zu reden, ohne sie gleich zu Bullen zu erklären. Aus eurem "Zitat" geht überhaupt nicht hervor, daß es sich um ein Plakat handelt, daß ihr nur einen Teil "zitiert" und sämtliche Parolen sowie Forderungen im Knastkampf weglaßt, so daß es für LeserInnen, die das Plakat nicht kennen nicht möglich ist zu kapieren, was der Abschnitt überhaupt bedeuten soll.
Wenn ihr keine Lust habt solch ein Plakat abzudrucken, weil ihr es nicht versteht, dann solltet ihr es ganz bleiben lassen, anstatt es auf diese Art und Weise zu denunzieren!

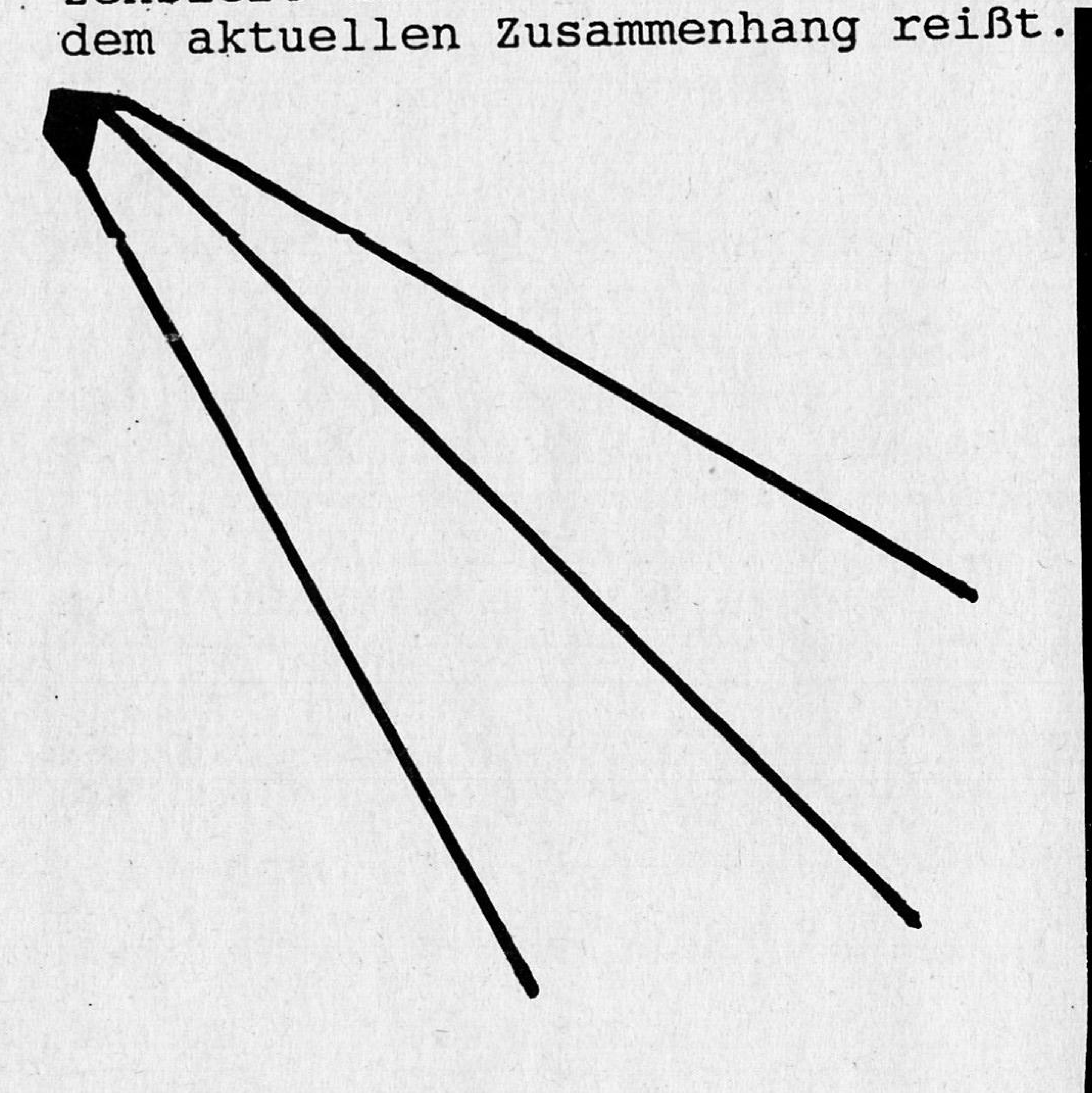
* Diverse Sprüche in der 142, über die wir beim besten Willen nicht mehr grinsen können: "nach diesem Krieg und vor dem nächsten" (eure Überschrift zur Verunstaltung von Kriegsdenkmälern), "Sportler gegen den Krieg", "neue Sportler gegen Telefonitis" (eure Inhaltsangabe, mit der ihr die beiden Erklärungen aus der 142 ankündigt). - Habt ihr die lästige Schreibweise mit der weiblichen Endung wieder abgeschafft? Oder kennt ihr die Gruppen gar persönlich, die die Aktionen gemacht haben, und wißt, daß da nur Männer bei waren? Für die eventuell an den Aktionen beteiligten Frauen ist sowas nichts anderes als ein Schlag ins Gesicht, was sie von der bürgerlichen bis rechten Presse gewohnt sind, die grundsätzlich nur von "Tätern" spricht und wo Frauen kaum eine Chance haben ihre Beteiligung an Anschlägen zum Ausdruck zu bringen oder ihre Aktionen als Frauenaktionen darzustellen. Wenn das jetzt auch schon in der Interim losgeht ist es doppelt hart!!

Es ist sowieso fraglich, ob Sport so ganz der richtige Ausdruck ist für Aktionen, mit denen Gruppen versuchen, nicht nur theoretisch gegen die Zustände hier anzugehen ,sondern auch eine praktische militante Entsprechung für das zu finden, was sie bekämpfen und wofür sie zum Teil einige Jahre Knast riskieren. Das ist doch wohl nicht gleichzusetzen mit ein bißchen Freizeitsport?? so einfach mal locker aus dem Ärmel geschüttelt???

Solche Titel suggerieren das Bild vom subkulturellen Sumpf, wo's mal ab und zu Randale gibt und ansonsten locker und easy gelebt werden will, was ja tatsächlich auch weit verbreitet ist und oft problematisiert wird.

Wir halten aber gerade die Interim für ein Projekt, was mit dazu beitragen will die Organisierung und Diskussion unter denen, die mehr als Scenesumpf im Kopf haben, voranzutreiben und können deshalb nicht verstehn, wieso ihr so flapsig mit Erklärungen umgeht.

* Es dauert mehrere Tage bis Wochen, bis die Texte, die ihr nicht in die Zeitung reinnehmt, im Ordner zu finden sind. Wie sollen sich Leute, die sich für die nichtveröfffentlichten Papiere interessieren, von denen sie in eurem Vorwort erfahren, ein Bild davon machen können, wenn das so lange dauert - vor allem, wenn es sich um aktuelle Themen handelt oder sie mit der Nichtveröffentlichung vielleicht überhaupt nicht einverstanden sind. Es müßte doch machbar sein, daß die rausgeflogenen Sachen gleichzeitig mit Erscheinen der Zeitung im Ordner sind. Wenn das nicht so ist zensiert ihr diese Texte zwangsläufig, einfach indem ihr sie aus dem aktuellen Zusammenhang reißt.





* Euer Verhalten gegenüber den mißliebigen "Autonomen KommunistInnen": Ihr nehmt ihren Beitrag "Solidarität statt Staatsschutzhetze" nicht rein (I.141), was prinzipiell euer Bier ist. Wir finden allerdings, daß zu dem Punkt, über den ihr euch aufregt, nämlich zur Einstellung gegenüber ehem. DDR - FunktionärInnen und damit zur Geschichte der DDR, eine Diskussion wichtig und überfällig ist. Warum diese pikierte Entrüstung an diesem Punkt? Logisch, daß bei einer offenen Diskusion über die Bedeutung der DDR für die rev. Linke hier Einstellungen auf den Tisch kämen, die viele hier schwer anstinken würden - aber warum gerade jetzt in das von der bürgerlichen Presse verordnete allgemeine Entsetzen einstimmen und ideologische Hintergründe tabuisieren? Aus Rücksicht gegenüber unseren Ost - GenossInnen, die nicht denken sollen, daß unter uns Leute sind, die der DDR auch gute Seiten abgewinnen konnten? Wir hätten es richtiger gefunden, den Text zu veröffentlichen und euren Senf dazuzuschreiben, um so die notwendige Diskussion zu diesem Thema zu starten, anstatt den Text in den Ordner zu verbannen (wo er lange nicht zu finden war).

Das Vorwort in der 142 ist, um einen Begriff von euch zu verwenden, eine politische Sauerei! Einzelne Passagen einer Kritik an eurer Veröffentlichungspraxis aus dem Kontext (den wir auch gerne gesehen häten, aber der Brief ist bis jetzt nicht im Ordner) zu reißen und abfällig zu kommentieren ("Den Durchbruch überhaupt nicht geschafft haben...") - das ist kein korrekter Umgang mehr mit GenossInnen, auch wenn sie noch so andere Meinungen vertreten.

Daß ihr euch in der 143 zum Abdruck eines zweiten Kritikpapiers der A.K.'s zu eurer Veröffentlichungspraxis "trotz größter Abneigung mit dem Niedergeschriebenen" durchgerungen habt soll wohl die große Gnade sein - euer Schlußsatz, daß ihr politische Kontroversen bejaht, wirkt in diesem Zusammenhang wie ein schlechter Witz. Spätestens jetzt wäre es sinnvoll gewesen, den Text, um den das ganze Gezoffe geht, mitabzudrucken, damit das Kritikpapier den autonomen KommunistInnen auch in der Interim nachvollzogen werden kann, ansonsten macht der Abdruck des Kritikpapiers nämlich gar keinen Sinn.

Nach dem Konzept, mit dem ihr die Zeitung macht und das ihr früher erklärt habt, stellt ihr einen technischen Rahmen für die inhaltlichen Beiträge, die euch aus der Szene zukommen. Soweit wir das noch im Kopf haben wollt ihr keine reformistischen Beiträge reinnehmen, keine die unverantwortlich mit Vorwürfen (Spitzel, Bulle,...) umgehen oder Hinweise an die Bullen enthalten,...was für uns bedeutet, daß ihr keine speziellere Zielrichtung innerhalb revolutionärer Politik propagieren wollt, sondern die Zeitung und ihr politisches Profil allen überlaßt, die entsprechend der von euch gesetzten Grenzen Beiträge schreiben und sich an Diskussionen beteiligen. Je mehr sich eure Arbeit von so einem technischen Rahmen hin zu redaktionellem Engagement verschiebt, also über Kommentare, Kürzungen, Zitate von Textstellen, bestimmte Veröffentlichungskriterien, desto mehr wächst eure Verantwortung gegenüber den NutzerInnen der Zeitung. Ihr werdet dieser Verantwortung nicht gerecht, wenn ihr einerseits lässig über Leute und Inhalte herzieht, euch aber andererseits öfters zu Vorwürfen von außen nicht verhaltet, wenn's euch gerade nicht paßt.

FÜR REVOLUTIONÄRE ORGANISIERUNG!

Protokoll des 1. mai-Plenums vom 10.4.91

Nach vehementer Diskussion um die Streichung von Gänsefüßchen bei den Kategorien "ausländisch" und "deutsch wurde das Protokoll des letzten Plenums angenommen.
Stalinismusdiskussion: Die Diskussion soll nach dem 1.5 zwischen deutschen und ausländischen Gruppen geführt werden,da die unterschiedlic hen Einschätzun genvon Stalinismus dort am deutlichsten sind und weitreichende Fo igen fur (Nicht-?) Zusammenarbeit haben. Hier kommt es zu einem fatalen Widerspruch zwischen Anti-stalinismus und Internationalismus,da sich viele Befreiungsbewegungen und politische Gruppen auf Stalin beziehen.Dabei gibt es solche,die Strukturen haben,welche von einigenstalinistisch von anderen jedoch marxistisch-leninistisch genannt werden.Manche haben ebensolche Inhalte und manche verbinden mit Stalin ganz anderes als wir,wobei die Genossinnen aus der DDR ein viel konträreres Verhältnis zum S.-mus haben als die West-Linke,die sich größtenteils sogut wie garnicht mit autoritären Sozialismen auseinandergesetzt haben.
Das Verhältnis zur RIM kann allerdings nicht ausschliesslich vom Ergebnis einer S.-musdiskussion abhängig gemacht werden,sondern muß aus den konkreten Erfahrungen mit Ihnen resultieren.
Friedrichshain hat sich mit der Route abgefunden aber ausdrücklich Aktionen an der Mainzerstr. wegender daraus resultierenden Angreifbarkeit der umliegenden besetzten Häuser seitens der Bullen abgelehnt.(Von TeilnehmerInnen des Plenums wurde aber gesagt,daß die Räumungen von Häusern nicht vom Verlauf der Demo abhängen,sondern sich an anderen Punkten politisch entscheiden.) Ein Flugi an die Anwohner wurde verfasst,das auf der Strecke verteilt wird.Kontrovers wurde über die Verantwortung der Demoleitung für die Demo nach dem Abschluss diskutiert.Von den Friedrichshainern wurden geschlossene Rückzüge zu den Festen gefordert.
Die Plakate für die Demo können seit einigen Tagen geklebt werden.
Am 23.4. 19.30 Uhr wird es ein Kiezpalaver im Statthaus Böcklerpark geben.Die Finanzierung für Demo und Feste steht.Darüberhinaus wird es Soli-Konzerte geben,Plakate dafür hängen aus.Der Kinderblock wird nicht vom Plenum Organisiert,sondern muß von aussen übernommen werden und wird auf der VV vom 11.4. angesprochen.
Es wurde ein Entwurf für den Demoaufruf vorgestellt.Die formalen Kriterien sollen sein: Maximal 2 Seiten,gut lesbare Parolen am Rand und allgemein verständliche Sprache.Der Aufruf soll entlang der Route verteilt werden. Als inhaltliche Schwerpunkte sind gedacht:
- Geschichte des 1.Mai und unseres 1.Mai;Neubesetzung des 1.Mai seit '87 gegenüber DGB und anderen systemtragenden Institutionen.
- Umstrukturierung in Berlin anhand der Erfahrungen in 36 und welche die Folgen für Berlin als "neue" Hauptstadt sein werden.
- Zunehmende Flüchtlingsbewegungen durch Umstrukturierung der ehem. sozialistischen Staaten.Zusammenhang vonantirassistischen und antiimperialistischen Kämpfen weltweit,der rasant zunehmende Rassismus und wie wir uns dazu verhalten.
- Wo stehen wir als Autonome?Formulierung und Beschreibungder Veränderungen im Osten und die sich daraus ergebenden Verunsicherungen undFragestellungen.
- Selbstorganisierung gegen HERRschaftsverhältnisse;selbstorganisierte Demo als Ausdruck selbstbestimmten Lebens.Versuch zu beschreiben was für Konsequenzen wir aus underer Geschichte ziehen sowie Ausdruck vo gemeinsamer Haltung gegen staatliche Bevormundung,Faschisten ,Sexisten etc.Für die Anmeldung der Demo findet sich eine gemischte OST-WEST Gruppe.
Die letzte VV findet am Mo. 29.4. im Versammlungsraum Mehringhof um 19.00 Uhr statt.

NEUE PAROLEN BRAUCHT DER 1.MAI!!!!!!!!!

Auf zum Kinderblock auf der Rev. 1.Mai-Demo

Auch dieses Jahr wird es wieder einen Kinderblock geben, der diesmal nicht hinteJr der RIM herläuft.
Wir finden es wichtig, auch auf diese Demo mit unseren Kids zu gehen , weil sie für uns ein wichtiger Teil unseres Alltags sind, den wir nicht von unserer politischen Arbeit trennen werden.

Treffpunkt: (wie im letzten Jahr) Spielplatz in der Mitte von Leuschner- und Legiendamm (50 Meter vom O-Platz Richtung Waldemarstraße), um 12.45 Uhr

Der Kinderblock wird in das Meldesystem der Demo mit eingebunden sein, so daß alle Informationen uns sofort erreichen. Es gibt ein eigenes Megaphon, Bollerwagen, Luftballons und viel Krach.



FRAUEN, Heraus zur revolutionären 1.Mai-Demonstration!



Seit vier Jahren steht die 1.Mai-Demonstration für eigenständige autonome Organisierung - anschließend an die Tradition des 1.Mai als Kampftag der Arbeiterklasse. Die Klassenzusammensetzung hat sich geändert, und ebenso unsere Ansatzpunkte gesellschaftlicher Analyse und Kriterien des praktischen Widerstands. Mit gemachten Fehlern einer an männlichen Bedingungen orientierten Arbeiterklasse damals und einer daraus resultierenden Politik sind wir historisch und aktuell konfrontiert. Patriarchale Herrschaftsverhältnisse können nicht als Nebenwiderspruch oder Teilbereich behandelt werden für wirklich revolutionäre Veränderung.

Was uns am 1.Mai auf der Straße verbindet, ist das Bewußtsein um die Notwendigkeit radikalen Widerstands gegen dieses System, ist die Wut gegen die tagtägliche Gewalt und gegen die Arroganz der Herrschenden, Menschen, Kulturen und Länder zu unterjochen und zu vernichten, was zur Zeit und seit Jahrzehnten in allen Teilen Kurdistans passiert, um *ein* Beispiel zu nennen.

Es ist auch die Solidarität miteinander und mit all denen, die sich gegen die menschenverachtende Politik auflehnen.

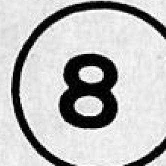
Viel hat sich verändert in den letzten zwei Jahren. Die Bedeutung, das Ausmaß der Umwälzungen in Osteuropa sind noch nicht zu überschauen, oft auch schwer einzuordnen. Der Siegeszug des westdeutschen Kapitals Richtung Osten scheint erst einmal ungebrochen. Parallel erleben wir ein zunehmend rassistisches und sexistisches Klima, angefeuert durch Medien und Politiker. Die dumpfdeutsche Seele ist wieder sehr empfänglich für Herrenmenschenträume. Es häufen sich die Meldungen von Überfällen auf Ausländerinnen und Ausländer, die nicht zum "nordischen Herrengeschlecht" gerechnet werden, auf alle, die nicht in deutscher Zucht und Ordnung leben wollen.

Die Vorfälle an der polnischen Grenze zu Beginn der Visafreiheit für polnische Frauen und Männer snd nur die Spitze des Eisberges.

Flüchtlinge, die innerhalb Deutschlands von einem Lager zum anderen fliehen, weil sie sich ihres Lebens nicht mehr sicher sein können, gehören zur bitteren Realität.

Dieses rassistische Klima drückt sich auch sehr alltäglich aus: Beschimpfungen, Drohungen, Prügeleien.

Das neue Ausländergesetz ist eine staatlich verordnete Verschärfung zur Ausbeutung, Unterdrückung und Selektion vieler ausländischer Männer und Frauen. Es gibt viele Ebenen einzugreifen. Eben die vielen "kleinen" Vorfälle, in der U-Bahn, bei der Arbeit, auf dem Amt.



Nicht die Augen zumachen, sondern den Mund auf!

Organisieren wir uns!

Diese Parolen gelten für uns Frauen auch im Kampf gegen die tägliche sexistische Anmache, die allen Frauen zu Genüge bekannt ist.
Zwangsheterosexualität und Ehe, Pornographie und Vergewaltigung sind *einige* Ausdrucksformen der Herrschaft von Männern über Frauen, spürbar in der Werbung, im Film, bei der Lohnarbeit, zuhause, auf der Straße.
Unser Ansatz heißt, daß wir uns gegen alle Formen von Unterdrückung in dieser männerbeherrschten, kapitalistischen Gesellschaft wehren. Mit dieser Position sind wir Teil des Widerstands und wollen am 1.Mai auf der Straße präsent sein

gemeinsam mit den ausländischen Frauen und Männern gegen die Schlingen der rassistischen Repression,
gemeinsam mit den Frauen und Männern, die sich nicht von dem sozialpartnerschaftlichen Popanz der Gewerkschaften in ihren Arbeitskämpfen vereinnahmen lassen,
gemeinsam mit Frauen und Männern, die selbstorganisiert gegen dieses System kämpfen,
gemeinsam mit allen Frauen, die gegen patriarchale Herrschaft und gegen jede Form der Unterdrückung kämpfen.



ROUTE: Oranienstr.-Skalitzer-Görlitzer-Oppelner-Wrangel-Falckenstein-Oberbaumbrücke-Warschauer-Kopernikus-SimonDach-Niederbarnim-Proskauer-Liebigstr. Abschluß: Bänschstr./Proskauer

Anschließend **FESTE:** eins auf dem Kollwitzplatz (Prenzlauer Berg), eins auf dem Lausitzer Platz (Kreuzberg 36)

ViSdP: E. Mai, Lausitzer Platz 17

Aufruf des 1.Mai-Vorbereitungsplenums

Es gibt tausend gute Gründe auf die Straße zu gehen...

ALLE AUF DIE STRASSE ZUM REVOLUTIONÄREN 1.MAI 1991

Auch in diesem Jahr werden wir, autonome unabhängige Menschen, in einer revolutionären 1.Mai Demonstration auf die Straße gehen. Wir wollen das zusammen mit allen Menschen in dieser Stadt tun, die sich wehren, die unbequem sind, die sich nicht mit den Knochen abfinden wollen, die der kapitalistische Fleischtopf für uns übrig läßt.

Der 1.Mai ist unser Tag. Er kann und soll die Kämpfe und den Widerstand an allen anderen Tagen nicht ersetzen, aber wir rufen dazu auf, mit dem 1.Mai 1991 ein lebendiges politisches Signal zu setzen: Damit es nicht so bleibt, wie es ist.

Seit über 100 Jahren ist der 1.Mai ein Tag, an dem die ausgebeuteten und unterdrückten, die entrechteten und in Abhängigkeit gehaltenen Menschen (oft) ihre entschiedene Ablehnung, (manchmal) revolutionären Widerstand auf die Straße getragen haben. Gegen die, die sich zu unseren Herren aufgeschwungen haben...
Der 1.Mai begann 1889 als "Tag der internationalen Solidarität und des Kampfes des Proletariats" als Antwort auf die Ereignisse in Chikago 1887, als Polizisten in eine Demonstration streikender ArbeiterInnen für den 8-Stunden-Tag schossen.
In Deutschland gingen 1890 zum ersten Mal 100.000 Menschen auf die Straße statt zur Arbeit. Von Beginn an befand sich der 1.Mai im Spannungsfeld zwischen dem sozialreformerischen Flügel der Sozialdemokratie und ihrem sozialrevolutionären Flügel, der internationalistisch orientiert war und ein unversöhnliches Verhältnis zum Kapitalismus hatte. Namen wie Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht stehen für diese Richtung. Schon damals ging es dem rechten Flügel der SPD und der entstehenden Gewerkschaftsbürokratie darum, das Gespenst der Autonomie, der eigenständigen Organisierung und der politischen Ausweitung der Kämpfe der Unterdrückten zu bannen.
Einer der Höhepunkte dieser Politik war der "Berliner Blutmai" 1929: 200.000 ArbeiterInnen widersetzten sich einem vom preußischen SPD-Innenminister verhängten Demonstrationsverbot zum 1.Mai und gingen auf die Straße. Der sozialdemokratische Polizeipräsident von Berlin ließ auf die demonstrierenden ArbeiterInnen schießen - 31 von ihnen wurden getötet. Der nachfolgende bewaffnete Aufstand konnte erst nach mehreren Tagen blutig niedergeschlagen werden.
Die Nazifaschisten vereinigten die Kapitalistenverbände und den ADGB zur "Deutschen ArbeitsFront" und machten den 1.Mai zum "Tag der nationalen Arbeit". Dies war der Versuch der Zerschlagung jeder Äußerungs- und Kampfmöglichkeit gegen den nachwievor kapitalistischen NS-Staat. Propagiert wurde die Aufhebung von Klassengegensätzen, als Ersatz dienten die "deutsche Nation" mit der Einheit aller Deutschen, sowie extremster Rassismus.

Nach 1945 sorgten in der BRD - gegen den Widerstand 100.000er - die Führer des neuentstandenen DGB dafür, daß alles so kapitalistisch weitergehen konnte, gegen eine antikapitalistische Alternative. Der 1.Mai blieb "Tag der Arbeit" und wurde zum propagandistischen Höhepunkt der Politik von Sozialpartnerschaft und Wiederaufbau.
In der DDR wurde der 1.Mai von der SED-Führung vereinnahmt, um eine "Einheit von Partei und Volk" zu demonstrieren, die es nie gegeben hat. Für viele war der 1.Mai dennoch ein Tag zum feiern, ein Tag der Solidarität mit um ihre Befreiung kämpfenden Völkern, ein Tag in der Tradition der Arbeiterbewegung. Andere äußerten ihren Protest gegen die Vereinnahmung, indem sie dieser "Feierlichkeit" fernblieben.
Erst Ende der 60er Jahre, nachdem die Führer des DGB dazu übergegangen waren, den 1.Mai in die Säle zu verlegen, begann in der BRD die radikal linke Geschichte dieses Tages wiederaufzuleben - in DGB-unabhängigen 1.Mai-Demonstrationen und mit eigenen Blöcken auf DGB-Demos: internationalistisch und gewerkschaftsoppositionell.

In der Nacht des 1.Mai 1987 explodierten in Kreuzberg 36 die Widersprüche zumindest zur kapitalistischen Organisierung des Alltags und gegen die rassistische Hetze, die nicht nur in diesem Stadtteil zu breiter Unzufriedenheit, spontaner Wut und politisch bewußtem, organisiertem Widerstand gereift waren: es gab die heftigste Revolte seit vielen Jahren und der Stadtteil war mehrere Stunden bullenfrei...
Die erste autonome "revolutionäre 1.Mai Demo" 1988 griff diese Widersprüche und die Ansätze von Selbstorganisierung dagegen auf und schuf - wie die Demos in den folgenden Jahren - die breite Möglichkeit für viele von uns, unsere Ablehnung des Bestehenden gemeinsam auf der Straße auszudrücken.
Sie stellte sich bewußt in den historischen und internationalen Zusammenhang dieses Tages. Es ging beim 1.Mai aber auch um mehr: daß im Kampf um Befreiung die Interessen von ArbeiterInnen in der sogenannten "3.Welt" und größtenteils unbezahlt arbeitenden Frauen nicht länger außen vor gelassen werden konnten.

An den guten Gründen zur Revolte und zur eigenständigen und selbstorganisierten Artikulation auf der Straße hat sich nichts geändert:
gegen die Kampfverhinderungspolitik der DGB-Führer

gerade an diesem Tag, aber als Alternative für all diejenigen, die - auf den offiziellen DGB-Feierlichkeiten genauso wie früher bei den SED-Aufmärschen - mehr mit diesem Tag verbinden, als es die auf den jeweiligen Podien gern hätten...



FRIEDE DEN HÜTTEN, KRIEG DEN PALÄSTEN !

"Rot/grün" stand für die gleichzeitige Bemühung von Integration der Widersprüche in die ökologische/kapitalistische Modernisierung des Bestehenden **und** für (vor allem rassistische) Spaltung. Der jetzige CDU/SPD-Senat ist die Regierungsform, die die neue Situation nach der Annexion der DDR in den Griff kriegen soll. Der SPDAL-Blockierung des Streiks in den Kindertagesstätten und -läden folgt die finanzielle Ausblutung sozialer Einrichtungen in Ost- und Westberlin durch die CDUSPD; den alternativen Häuserräumbrigaden die bürgerlichen Abriß-/Luxusmodernisierungstrupps; der Integration der kulturell nicht-Etablierten die "Kultur auf Weltstadtniveau"; den "streetworkern" gegen ausländische Jugendgangs die rassistischen Wachbullen in den U-Bahnhöfen...
Längst vor dem Fall der Mauer hatte die ökonomische Durchdringung der Länder im damaligen Warschauer Pakt begonnen und Westberlin kam aufgrund seiner historischen und geografischen Lage eine Schlüsselrolle zu. Das erforderte eine nach westeuropäischen Maßstäben "funktionierende Stadt".
Die Ausrichtung der stadtplanerischen und ökonomischen Aktivitäten, die Bereitstellung der Mittel durch die Kürzung von Sozialausgaben war eingeleitet und wirkte sich bereits aus. Z.B. in Kreuzberg 36 einerseits im Versuch der "Yuppiesierung", d.h. dem Vordringen von Wohn- und Freizeitmöglichkeiten für gutsituierte Angestellte und der dazu gehörigen Ideologie ("born to shop"), andererseits durch den Versuch, das Freizeit- und Konsumverhalten im Kiez kommerziell und sexistisch zu steuern: Spielhallen, Sexshops, sexistische Werbung und dergleichen mehr... Meter für Meter frißt sich dieses widerwärtige kapitalistische Monstrum in den letzten Jahren in die Kieze vor und zieht steigende Mieten, knapperen Wohn raum, zunehmende sexistische und rassistische Anmache auf den Straßen, den Zerfall bestehender Strukturen nach sich.

Genau dagegen, wenn auch längst nicht in ausreichendem Maß, ist in diesen Jahren eine ganze Bandbreite von Widerstandsformen entstanden - vom Zertrümmern von Sexshops, über die Versuche, selbstorganisierte Freiräume durch Besetzungen zu erreichen, bis hin zur antifaschistischen und antirassistischen Selbsthilfe...
Der Fall der Mauer und die Annektion der DDR hat den Umbauprozeß beschleunigt: Hauptstadtpläne (wenn sie sich trauen...), Olympiapläne, die Propagierung "der neuen Rolle Berlins" sollen als Vehikel dazu dienen, "Gesamtberlin" umzukrem peln. Die DAIMLER -Ansiedlung auf dem Potsdamerplatz, das luxuriöse Aufpeppen der Friedrichstraße, Pläne für eine Büro- und Geschäftsmeile von Kudamm bis Alex, Umstrukturierung von Hauptbahnhof und Flughafen...alles diskutierte Planungen. Es wird nicht nur von den weiteren Entwicklungen in Osteuropa abhängen, wieviel davon gegen uns durchgesetzt werden kann, sondern auch von allen, die hier in der Stadt davon betroffen sein werden. Ein Blick auf andere westeuropäische Metropolen (Barcelona, Mailand, Brüssel, Frankfurt /Main,...) läßt erahnen, was Innenstadt- und Infrastrukturplanungen an Vertreibungssanierung gegen ganze Viertel bedeuten kann.

Aber gleichzeitig entstehen in "Gesamtberlin" auch neue Widersprüche: von Ostberliner Frauen gegen ihre Zurückdrängung in Arbeitslosigkeit und Hausfrauendasein, gegen die Einschränkungen durch den bundesrepublikanischen §218 und das Zerschlagen von Kindertagesstätten, von Ostberliner MieterInnen gegen die Kapitalisierung des Menschenrechts auf Wohnen, von massenhaft entlassenen OstberlinerInnen im Gefolge der Zerschlagung früherer DDR-Betriebe durch den Statthalter des BRD-Kapitals - die Treuhand.



Entgegen der immer wieder verbreiteten Meinung macht die Treuhand keine "schlechte Politik", wenn sie in der DDR ganze Landstriche und ganze Industriezweige "abwickelt". Sie erfüllt ihre Aufgabe.
Arbeitslosigkeit und Erhöhung der Alltagskosten (Miete, Strom, Fahrpreise...) sind Mittel, um ArbeiterInnen zukünftig in jeden Dreckjob zwingen zu können, der den (westdeutschen) Kapitalisten genug Profit verspricht.
Außerdem haben sie die Aufgabe, soziale Zusammenhänge zu zerstören, um damit kollektiven Widerstand unmöglich zu machen. Vereinzelt und in ihre vier Wände zurückgeschickt, begreifen viele Menschen dann das gesellschaftliche Schicksal nur noch als ihr individuelles, dessen Lösung für sie schier unmöglich scheint. Die steigende Selbstmordrate ist eine Auswirkung dieser Entwicklung.
Noch lassen sich auch Extraprofite aus der DDR als Absatzmarkt und Immobilienobjekt schlagen. Die westdeutsche Wirtschaft boomt und der Weg für Miethaie und Spekulanten ist geebnet.
Mittlerweile ist dagegen Unruhe entstanden, die einen "heißen Herbst" Konturen annehmen läßt. Stundenlanges Warten auf allen möglichen Ämtern, das Warten auf das berufliche Aus, der Filz von alter Stasi und neuer West-Bürokratie, die Fremdbestimmung selbst in so banalen Fragen wie der des Rechtsabbiegepfeils haben Sprengstoff angehäuft und Wut erzeugt. Eine Wut, die sich bisher eher ziellos gegen die "schlechte Führung" der Treuhand, den "Lügner Kohl" und vieles andere mehr richtet.
Welche Angst die Herrschenden vor der Explosion des angehäuften Sprengstoffs haben, zeigen die immer wieder verschobenen Mieterhöhungen, das immer wieder verschobene Auslaufen der Kurzarbeiterregelung und der Versuch einer "großen Kooperation" in Bonn.
Wie und in welche Richtung sich diese Widersprüche in der näheren Zukunft ausdrücken, kann heute niemand einschätzen. Aus dem Wissen unserer Geschichte können wir aber zumindest ableiten, daß die **Delegierung** der eigenen Bedürfnisse und Interessen, z.B. an die bundesrepublikanischen DGB-Führer, zu nichts anderem führt als zur **Aufgabe** dieser Interessen...

INTERNATIONALE SOLIDARITÄT GEGEN RASSISMUS UND VÖLKERMORD !

Und noch eins scheint uns unumstößlich zu sein: wer sich nicht im Zusammenhang mit all denen begreift, die aus anderen Ländern kommen und in diesem Land eine lange Geschichte von rassistischer "Sonderbehandlung" und Unterdrückung, aber auch entschiedener Gegenwehr haben, hat nichts zu gewinnen als nationalistischen "Müll aus tausend Jahren".
Rassistische Scheiße im Kopf, wie sie sich z.B. zuletzt in Frankfurt/Oder gegen erstmals visumfrei einreisende oder durchreisende polnische TouristInnen entladen hat. Überfälle gegen Wohnheime von VietnamesInnen, von Asylsuchenden, auf offener Straße gegen Menschen anderer Hautfarbe - in der ehemaligen DDR genauso wie in der alten BRD - sind dabei nur die Spitze des alltäglichen Eisbergs. Schikanen auf den Ausländerämtern, Anmache auf der Straße, in den U-Bahnen, Sonderdezernaten bei den Bullen gegen "ausländische Jugendbanden" usw. usf. Und sie sind der sichtbarste Ausdruck des in (Ausländer-)Gesetze gegossenen staatlichen Rassismus und Metropolenchauvinismus.
Gerade an der Situation in der DDR erweist sich, daß das auch eine Funktion hat, daß sich damit arbeiten läßt: **Rassismus** ist ein Teil der gesellschaftlichen Mobilmachung, um das Haß- und Verzweiflungspotential, daß der sozialen Verelendung entspringt, nach "unten" - auf "die Ausländer" zu konzentrieren. Einer verwandten Logik entspringt im übrigen die neue Welle von zunehmendem **Sexismus**. Das alte SED-Regime ist ein Paradebeispiel dafür, wie die Wurzeln dazu gelegt werden. Mit dem Kasernieren von VietnamesInnen in Wohngettos, der Ausbeutung von ArbeiterInnen aus der sogenannten "3.Welt" per "Freundschaftsvertrag", der rigorosen Abschiebung von schwanger gewordenen mosambikanischen Arbeiterinnen standen sie ihren kapitalistischen Brüdern in punkto Sonderbehandlung von AusländerInnen nur wenig nach.
Dabei ist die - alte wie die neue - BRD keine Ausnahme: in nahezu allen europäischen Staaten gehen Gesetze gegen ImmigrantInnen Hand in Hand mit alltäglicher rassistischer Gewalt auf den Straßen und gleichzeitig wird in verschiedenen westeuropäischen Gremien versucht, den ganzen Kontinent gegen die vor Hunger und Kriegen Flüchtenden abzuschotten.
Vor Hunger und Kriegen, die im Interesse der ungestörten Herrschaft der westlichen Konzerne genau von hier ausgehen...
Diese Kriege gegen die Bevölkerung in Afrika, Asien und Lateinamerika - wie zuletzt die Bombardierung der irakischen Bevölkerung - folgen dieser rassistischen Logik in den kapitalistischen Staaten - auch dort, wo ein lokales Mörderregime wie das im Irak (diesmal) unter dem heuchlerischen Protest europäischer und US-amerikanischer Regierungsvertreter seine Blutspur zieht.

Von Großbritannien bis Italien, von der BRD bis Spanien entwickelten sich in den letzten Jahren aber auch antirassistische Initiativen und Kämpfe - Besetzungen von selbstbestimmten Räumen, Mobilisierungen gegen den Golfkrieg, militante antifaschistische Gegenwehr, Gettokämpfe. Das ist noch weit davon entfernt, die Situation entscheidend zu verändern und wir selbst, die radikale europäische Linke noch weiter davon entfernt, mit praktischen Initiativen einen wirklich gemeinsamen Kampf zu führen.

Aber wir beziehen uns darauf, wenn wir gerade am 1.Mai mit den ausländischen Menschen, mit denen wir hier gemeinsam leben, auch gemeinsam auf die Straße gehen wollen - **gegen** das Abwürgen ihrer Lebens- und Artikulationsmöglichkeiten, **gegen** den Krieg der reichen Staaten im Norden gegen die Völker im Süden, **für** offene Grenzen und **für** die entschiedene Absage an jede Form von rassistischer Spaltung.

Die Grenzen verlaufen nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen oben und unten...



SELBSTORGANISIERUNG GEGEN HERRSCHAFT !

Wir wissen, daß unsere Parolen (wie z.B. die der ersten "revolutionären 1.Maidemo" 1988: *Klassenkampf statt Sozialpartnerschaft / Der Kampf im Stadtteil und in der Fabrik, das ist unsere Antwort auf ihre Politik / Den Widerstand organisieren - revolutionäre Gegenmacht aufbauen / Gegen Patriarchat und Kapital kämpfen wir international...)* sich bisher in längst nicht ausreichenden konkreten Ansätzen umgesetzt haben, und wir haben verdammt wenig Antworten auf die rasanten Veränderungen in dieser Gesellschaft. Wir machen uns auch keine Illusionen darüber, wieviel neue Überlegungen und praktischen Versuche die neuen Entwicklungen erfordern - allein schon die Notwendigkeit, sich mit der ganzen Dimension der Prozesse in den Ländern Osteuropas auseinanderzusetzen und sich gleichzeitig mit Menschen ganz unterschiedlicher Lebens- und Widerstandskultur gemeinsam gegen die kapitalistischen Profiteure der derzeitigen Situation zu organisieren...
Und Widersprüche existieren auch unter uns: der größte Antifaschist kann auch ein Macker sein, und europäische linke Männer und Frauen bleiben immer auch weiß...

Was vor uns liegt, ist eine ganze Menge...zumal die alltägliche Situation und die Atmosphäre z.B. in dieser Stadt eher geprägt ist von Individualismus und Anpassung, von der Bereitschaft, sich verwerten und fremdbestimmen zu lassen und sexistische und rassistische Alternativen zu suchen, als von kollektivem Aufbruch in Richtung Selbstbestimmung. Das gilt auch für uns.

Aber wir bestehen auch auf der **Kontinuität von Protest und Widerstand** in diesem Land und auf der Kontinuität all dessen, was in den letzten 25 Jahren schon mal breiteres gesellschaftliches Bewußtsein war:
daß Leistung, Arbeit, Funktionieren nicht alles gewesen sein kann...
daß nicht die Hautfarbe zählt, sondern die Solidarität untereinander...
daß Kriege gegen die Völker der "dritten Welt" nicht nur von hier aus-gehen, sondern auch sehr viel mit dem Normalzustand hier zu tun haben...
daß "Patriarchat" sehr konkret stattfindet - bis in die feinsten Verästelungen des "Privaten" hinein - und daß "Befreiung" seine Zerschlagung beinhaltet...
daß der kollektive Versuch, uns dieser kapitalistischen Gesellschaftsform zu entledigen zwar mühseliger ist als die individuelle Anpassung an sie - aber dafür allemal vielversprechender...

Der revolutionäre 1.Mai 1991 kann darin ein lebendiges, undeutsches, antipatriarchales, internationales, antifaschistisches, antikapitalistisches Zeichen setzen. Nicht mehr. Aber auch nicht weniger !

Kommt zur DEMO (13 Uhr Oranienplatz in Kreuzberg 36) und anschließend feiern wir gemeinsam auf den beiden FESTEN (zwischen Senefelder- und Kollwitz-Platz im Prenzlauer Berg und auf dem Lausitzer Platz in Kreuzberg 36).

Für eine herrschaftsfreie Gesellschaft ohne Knäste

Aufruf zur DGB-Demo

Zum Tag der Arbeit/er/innen

Bisher halten wir die Argumentation für eine 13 Uhr-O-Platz Demo nach Friedrichshain für dürftig. Wir halten es dagegen für richtig, auf der DGB-Demo gegen den DGB anzutreten.
1. Die Inhalte der rev. 1. Mai Demo scheinen uns immer mehr zu Sprechblasen verkümmert zu sein. Da ist von einer starken Demo die Rede, die radikale Inhalte auf die Straße trägt. Von welcher Sorte die Radikalität sein soll, wird meist nicht mehr diskutiert. Selbstbestimmung wird gefordert, immer weniger ist zu hören, was da bestimmt werden soll, und wie es den Leuten besser gehen soll, wenn sie nicht mehr alle 4 Jahre ihre neue Herrschaft selbstbestimmen. Wir halten es für zu mager, immer wieder der bestehenden Gesellschaft seitenlang ihre Greueltaten vorzuwerfen, ohne zu sagen, daß es noch nie das Ziel einer bürgerlichen Demokratie war, den Leuten ein angenehmes Leben zu bescheren.
Wir sind immer mehr der Meinung, die Szene gefällt sich am 1. Mai in der revolutionären Pose unter den Parolen Antikap/Antipat/Antirassismus und was übrigbleibt ist der Eindruck einer Demo mit dem Fazit: Bei uns viel gut, die anderen viel böse, und das ist aber gemein. Dabei finden wir es nicht besonders bemerkenswert, wenn's diesmal anstatt 15000 Leuten 30000 sind, die hinter den Parolen herlaufen.
2. Da uns dieses Ergebnis der 1. Mai Demo nicht besonders aufbaut, halten wir den revolutionären Block auf der DGB-Demo für sinnvoller, um dort gegen das Mitmachen bei DGB und Staat aufzutreten:
- Nicht die Arbeitslosigkeit, sondern die Arbeit gehört zum Skandal erklärt.
- Nicht der Sozialabbau gehört kritisiert, sondern die sozialen Leistungen, in dem gesagt wird, daß sie nur dem Zweck dienen können, die Leute weiterhin als arbeitsfähiges Rindvieh zu halten.
- Nicht das unzureichende Wohngeld ist das Ärgernis, sondern die beschissene Tatsache, daß eben durch das Wohngeld dem Hauseigentümer selbst dann noch der Profit garantiert wird, wenn die Mieter nicht mehr zahlungsfähig sind, so daß bis zum Sozialhilfeempfänger jeder auf Lebenszeit zur Geschäftsgrundlage der Profitmacherei gemacht wird.
- Bei jeder Lohnforderung verfolgt der DGB nicht das Ziel, den Leuten ein erträgliches Einkommen zu verschaffen, sondern sicherzustellen, daß der Lohn weiterhin ein Mittel zum Geschäftserfolg bleibt.
- Nicht die Lohndrückerei der Unternehmer gehört an den Pranger gestellt, sondern der Lohn selber, da er dazu da ist, uns von den Möglichkeiten des gesellschaftlichen Reichtums auszuschließen, und nicht daran teilzuhaben.

3. Es spricht natürlich nichts dagegen, solche Inhalte auf der Kreuzberg/Friedrichshain-Demo zu bringen.
Jedoch angesichts der Lage im Osten ist anzunehmen, daß sich dieses Jahr auf der Gewerkschaftsdemo nicht nur Jubel-DGBler tummeln, sondern auch 'ne Menge Leute, denen die Schufterei fürs Eigentum anderer, die vom DGB mitorganisiert wird, so langsam das letzte Hemd auszieht.
Wenn es also wirklich ums Publikum geht, das wir ansprechen wollen, so sind "die Massen" wohl eher beim DGB zu finden, auch die aus dem alten Arbeiterbezirk Friedrichshain.

Derzeitiges Mitwochsplenum der Sanigruppe



TRATEGIE HAU WEG
o unser Lieblingsfeiertag mal wieder vor der Tuer steht, in
er Interim Nr. sowieso gerade ein Fazit von Anti-Shell gezogen
urde, nach ein paar traegen Mobilisierungen gegen den
Golfkrieg, ein paar gefuehlsduselig-langweiligen VVs mit bloedem
Geschwaetz ueber so prinzipielle Fragen wie den Export der
Revolution aus Kreuzberg in die Fabriken oder gen Osten in den
letzten Monaten steh ich, dumm persoenlich, mal wieder vor dem
Problem, wohin "wir" (hallo?) gehen, wenn mal gerade nicht
auf die 1.-Mai-Demo oder den Bach runter.

Strategie Hau weg

IN DIE PRODUKTION?
Die Siemens-Blockade im Januar war trotz massenhaften bunten
Umhertreibens und guter Laune bei schlechtem Wetter am fruehen
morgen bezueglich des Ziels mit Arbeiters ins Gespraech zu
kommen ("ich stell mir mal vor, ein Arbeiter steht so vor mir,
was mach ich da?" gehoert auf der VV davor... peinlich
peinlich) eher ein Flop, so gut ich die Idee fand! Bei der
Diskussion um Siemens kam der einen oder dem anderen der
Gedanke an die IWF-Siemensaktion und wie damals das
Beduerfnis aufgekommen war, sich mit interessierten
Arbeiters bei Siemens zu koordinieren, "langfristig"
eine Diskussion um Siemens als Multi mit Vergangenheit,
er Ruestungs- und Atompolitik rund um den Globus
betreibt, zu fuehren. Auszer dasz frueher Feierabend war und
einigen eher privaten Connections verbreiterte sich damals jedoch
ix und Schwupp waren noch einige Hartgesottene
uebrig (Literaturverweis auf den passenden Reader zur IWF-
Nachbereitung entfaellt, da der bei mir verschuett gegangen
ist..). Aehnlichen Tenor hatte das Kill-a-Multi Resuemee und
mir kommt's so vor, als sind seit September 88 (IWF) (Wackersdorf
86? Startbahn West 87?) auszer den Hausbesetzungen in Ostberlin
alle kontinuierlichen (Kontinuitaeterae?), will sagen
langfristigen und zumindest vom Anspruch breit getragenen
Kampagnen ziemlich schnell abgeflacht. Neben Feuerwehrpolitik
(Scheiszwort) wie die Genossin von nebenan meint, also hier n
paar Kaffee-Bonzen geklatscht, da im Kiez gegen "Sanierung"
demonstriert, hier n paar Spekulanten heimgesucht und
da mal ne Scherbendemo gegen Teutschduemmelei gemacht, findet
nun nicht kontinuierlich und auf breiter Basis "vermehrt
eine Auseinandersetzung mit den grundlegenen Elementen der
kapitalistischen Herrschaft hier" statt, jedenfalls seh ich das
nicht.

MIT UEBERLIEFERTEN VORSTELLUNGEN...
Wenn ich die Situation zur Zeit mal einschaetze, laeufts bei
vielen Aktionen so, dasz einige Interessierte sich n Kopf machen,
was vorbereiten, sich in Technics stuerzen und, wenn ich das als
dummer Durchschnittsautonomer mal sagen darf, ein groeszeres
Tohuwabohu aus einer eigentlich spontanen Angelegenheit
machen... um am Schlusz noch fuer die naechsten x Monate
genervt zu sein. Nun ist's schon laenger her dasz ich mich
mit Demoanmeldung und Bullenpipapo rumgepruegelt habe und auch
kenne ich die Schwierigkeiten von Lautsprecherwagen auf
unangemeldeten Demos.

...RADIKAL BRECHEN
Und ... ich bin trotzdem der Meinung, dasz Herr und Frau
Autonom sich mal ueber ihre Aktionsformen Gedanken machen sollten.
Ueberlegeich mir's link, macht ungeplantes buntes Umhertollen
am meisten Spasz. Wenn ich zum Beispiel an die Einfachheit
eines (zwar letztlich gescheiterten) Besuchs von Bonzen im
Grunewald bei Tageslicht denke, wo die Bullen leider vorher
schon den Stadtteil ziemlich dicht gemacht haben, es aber
trotzdem zu gemeinen Aktivitaeten kam oder an die Fahrraddemos
zu Tanken und Miethaien (hinkommen, plattmachen, abhauen), dann
frag ich mich, warum sowas nicht alle Tage (oder zumindest
fast alle)(naja, oefter halt)? Provokant:muessen jedesmal 1000
Flugis gedruckt werden ... oder gibts nicht sowas wie n common
sense, dasz einiges so "ok" ist?

PERSOENLICHES
"Frueher hing ich oft nur so rum, 'n paar Biers und vielleicht
mal individualistisch 'n Telefonhaeuschen plattmachen... heute
weisz ich, dasz wir in der Gruppe mehr schaffen". Gut, ist
nicht von mir (Mit ueberlieferten Vorstellungen radikal
brechen, Freiburg 1990, CaIra) trifft aber trotzdem so oder
aehnlich zu. Seh ich, wie alle meine Freunde Leibesuebungen
machen und ich mich nur ganz selten mal (ab und zu, viel zu
wenig) sportlich betaetige, dann frag ich mich, ob wir gemeinsam
und oefter nicht mehr machen koennten. Konkret fand ich
Kill-a-Multi Dufte, mal mit unseren theoretischen Problemen
einfach bei nem Multi vorbei zu gehen, sie ihm zu eindringlich
zu verdeutlichen und dann wieder zu gehen. Nur eben nicht
bei Nacht und Nebel, mit Spruehdose, Zucker und Hammer zu Viert,
sondern bei Tag und ohne Feuer, und nicht alleine sondern



gemeinsam. Nun finde ich Kill-Multis zu reiszerisch fuer diese Aktionsreihe, aber wenn alle zwei Wochen spontan, ohne viel Technics, ohne besonderen Anlasz (ausnahmsweise ...) und publikumswirksam die Filiale einer bestimmten groeszeren Firma heimgesucht wird, dann kaeme da sicherlich nicht nur bei mir Schadenfreude auf.

ERWARTUNGEN

Stell ich mir also mal vor, da stuende in der Interim (oder in der Wandzeitung)(gibt's die noch?)(hae?) oder einem anderen bekannten Wochenmagazin (ich will hier keine Schleichwerbung machen)(gibt's noch Leute die taz lesen? wenn ja, vielleicht (zur Not) auch da), da stuende also, dasz Frau und Herr Autonom am Freitag mittag 16.30 Uhr (Dienstag morgen 11.00?) eingeladen sind, sich MASSENHAFT und mit geeigneten Gegenstaenden (Triller, Transpi) (Farbeier, Spruehdose) (vielleicht?) am Kottbusser Damm Ecke Hohenstaufenplatz einzufinden, zwecks gemeinsamen Besuchs der Dresdner Bank ODER der Deutschen Bank ODER der Volksbank (also mit grobem "thematischen Schwerpunkt"). Dann denke ich, wuerden, wenn so eine Aktionsform von vielen Leuten diskutiert worden ist (auf nem Kiezpalaver oder ner VV?), wenn die Veranstaltung durch Weitersagen in aller Munde waere, ausreichend Leute anwesend sein, um ein solches Kreditinstitut (oder ein Schering oder ein Daimler-Benz oder ein Benzko- Immobilien) mal fuer 1 oder 2 Stunden oder so schaedigend zu blockieren beziehungsweise in das rechte Licht (der Medien, der umstehenden Leute, der Anwohner, der Kunden, der Mitarbeiter) zu ruecken. Geeignet ist fuer solcherlei Masznahmen freilich nur ein Gebiet, dasz gut erreichbar ist (also von mehreren Seiten; S- oder U-Bahn), wo eine ausreichende Akkumulation von geeigneten Objekten existiert, zwecks spontanen Entscheidens oder Moeglichkeit, mehrere "abzuklappern". Da auszerdem stets mit der Existenz von Ordnungskraeften zu rechnen ist (Kontrollen, Absperrung) empfiehlt es sich dem Chaos eventuell, zivil bunt oder einfach massenhaft anzureisen...

WAS NUN?

Ich faend's toll wenn sich aus dem hier bemerkten eine Aktionsform- Diskussion ergeben wuerde, mit Blick auf die Moeglichkeiten, die Euch und mich (hae?) jenseits von individuellen Leibesuebungen auf Trab haelt, sozusagen weg vom Hochleistungssport im Fernsehen (der natuerlich allzeit seine Berechtigung hat) hin zum Breitensport...

See you on the barricades

Heinz, der Freund von Huebel

Eindrücke von der Demo am 20.4.



Den Anfang der Demo am Kotti habe ich nicht mitbekommen, erst vom Schlesischen Tor aus gehe ich mit.

Unter Männern: aber das ist ja keine besondere Neuigkeit auf Antifa-Demos. Auch, daß sie schon vorher ein paar Bier gekippt haben, erstaunt nicht, da viele von ihnen sich auf "Mann gegen Mann"-Kämpfe einstellen. Selbst viele junge Frauen produzieren sich in meinen Augen vor den Typen, indem sie davon schwärmen, gleich gegen die Faschos zu kämpfen, "wenn nur die Bullen uns durchlassen." Was mir dabei Angst macht: die Frauen sind kein bißchen geschützt - Jeans - Jäckchen, Hose, mehr nicht. Das sieht nach bösem Erwachen aus, wenn wir wirklich zu den Faschos aus der Weitlingstraße vorgelassen werden. Die hab' ich nämlich bisher immer besser gewappnet und bewaffnet gesehen. Aber das wird heute nicht unser Problem werden (weiß ich erst im Nachhinein), die Bullen lösen die Demo am Nöldner Platz auf. Teile der Demo werden kurze Zeit später in einer dunklen Nebenstraße verprügelt. Oder auch noch längere Zeit gejagt; dabei sollen sehr gezielt türkische Jugendliche zusammengeschlagen worden sein.

Der andere Teil der Demo ist derweil in die S-Bahn und nach Kreuzberg bzw. zum Alex gefahren. Nach dem Verlassen der S-Bahn auf der Warschauer Straße sind dort ca. 150 bis 200 Leute unterwegs; plötzlich wird ein Trabbi auf die Fahrbahn geschoben und aus zwei Meter Entfernung mit Steinen beschmissen: Barrikade mit Straßenkampf nennt sich das. Ein paar geistesgegenwärtige Leute schieben den Trabbi zurück auf den Parkplatz. Ein paar Minuten später haben die Leute die Oberbaumstraße erreicht - und schon wieder Straßenkampf: 8 Autos und eine Telefonzelle werden entglast. Kein Fascho in Sicht, keine Bullen. Die Autos sind von den ganz normalen Leuten, die rundum wohnen, kein Bonzenauto. Ich find's einfach zum Kotzen: Wie sollen wir den Leuten vermitteln, was alltäglicher Rassismus und Faschismus ist. Wodurch und warum sollen die Leute bereit sein, mit uns zu quatschen, wenn wir sie erstmal vergraulen? (Über Funktion/ Wichtigkeit/Unwichtigkeit von Autos läßt sich streiten...) aber nicht darüber, daß das erklärte Ziel des Tages, der Demo es ist, Faschos zu bekämpfen. Das wurde auf jeden Fall absolut verfehlt.
Unter diesem Aspekt sehe ich auch die Bedenken einiger Friedrichshainer BesetzerInnen für die 1.Mai-Demo: Es kann in wenigen Minuten oder Stunden alles vernichtet werden, was in Monaten aufgebaut wurde. Es soll hier kein Standpunkt gegen Militanz bezogen werden. Doch gegen unüberlegten Schwachsinn! Natürlich können die Leute aus der Oberbaumstraße sauer sein, daß Ihr deren Autos mit Faschos verwechselt habt. Es ist zur Zeit wirklich etwas mager bestellt um unsere revolutionären Inhalte, aber eine Sortier- und Denkpause kann auch was bringen...

ROSA



GRÖÖÖL!!!

BETR.: TOTALVERWEIGERUNG

Der Artikel "Warum die Verweigerung aller Zwangsdienste so wichtig ist" (Interim 141) stößt endlich auch in der Szene die Diskussion um Wehrpflicht und Totalverweigerung an. Seit 7 Monaten haben wir die Wehrpflicht in Berlin, und es gibt noch keine autonome Organisierung dazu, obwohl auch viele von uns jetzt ins Schwitzen kommen, ob sie noch eingezogen werden.

"Je weniger Betroffene sich mit Totalverweigerung beschäftigen, desto mehr wird sie zum individuellen Problem, statt Ausdruck einer antimilitaristischen Gesinnung und des Kampfes gegen Staat und Herrschaft zu sein." (Interim 141)
Unter genau dieser Fragestellung müssen wir Totalverweigerung diskutieren. Auch die vereinzelte Totalverweigerung kann "Ausdruck einer antimilitaristischen Gesinnung" sein; allerdings macht selbst eine große Summe von Einzelentscheidungen zur Totalverweigerung noch keine politische Bewegung, sondern ist nicht mehr als eine Vielzahl von "Aufrechten", die sich mit ihrem moralischen Entschluß der Repression ausliefern.

Totalverweigerung ist ein Kampfmittel, und wie effektiv dieses Mittel im antimilitaristischen Kampf ist, hängt nicht nur an der Zahl der Verweigerer, sondern ist in erster Linie eine Frage der politischen Strategie, in deren Rahmen dieses Mittel eingesetzt wird. Taktisch-strategische Überlegungen (Welche Gefahr droht dem einzelnen Totalverweigerer? Wie vermitteln sich revolutionäre Inhalte durch Totalverweigerung nach außen? Können wir den Apparat tatsächlich in materielle Bedrängnis bringen?) sind hier viel eher am Platze als moralische Positionen der Sorte: "Da mach ich nicht mit!"

Es ist jedoch kein Zufall, daß das Bild des Totalverweigerers in der "Öffentlichkeit" eher das des Ungebrochenen ist, der sich lieber vor Gericht stellen läßt, als gegen seine Prinzipien zu handeln als das des gut vorbereiteten Subversiven, der untertaucht, um sich vor der Verfolgung zu schützen.

Für das leidenschaftslos-taktische Verhältnis zum Kriegsdienst (aber auch nur dafür) schätze ich die Position einiger K-Gruppen, die ihre Leute aufgefordert haben, sich bei der Bundeswehr militärisch ausbilden zu lassen, um dieses Wissen im geeigneten Moment zum Kampf gegen das System nutzen zu können.

Es bleibt also die Frage: Kann der Kampf gegen die Wehrpflicht (und Totalverweigerung als Teil davon) geeignetes Instrument einer antimilitaristischen Politik sein?
Dazu einige Überlegungen.

- Auch Militärs ziehen die Abschaffung der Wehrpflicht in Betracht, denn im modernen High-Tech-Krieg sind Wehrpflichtige sowieso nur noch beschränkt einsetzbar. Außerdem zeigen die Erfahrungen aus den USA, daß eine Berufsarmee den Widerstand gegen einen Krieg verringert. Denn die Soldaten kommen zum größten Teil aus sozial benachteiligten Schichten, und die Mittel- und Oberschichten, auf deren Loyalität das System baut, sind dadurch weniger vom Krieg betroffen (solange er nicht im eigenen Land stattfindet).

- Die zukünftige Bundeswehr muß nach den letzten "Abrüstungsverträgen" auf 370 000 Mann reduziert werden, wovon zwei Drittel Berufssoldaten sein werden. D.h. lediglich 130 000 Wehrpflichtige werden pro Jahr beim Bund dienen, während es allein im alten Bundesgebiet 150 000 Zivistellen gibt. Daher dürften die Motive der Herrschenden, die Wehrpflicht aufrechtzuerhalten, eher im abzusehenden Kollaps des "sozialen" Systems als in militärischen Überlegungen zu suchen sein.



- Die faktische Einplanung aller Männer für den "Verteidigungsfall" ist für den Staat auch ohne Wehrpflicht machbar, wie dies heute schon für Frauen über Art. 12a GG oder für alle über § 9a Katastrophenschutzgesetz geschieht.

- Außerdem wird dies für die künftigen Kriege im Trikont, für die derzeit von der Bundesregierung die Rahmenbedingungen geschaffen werden, ohnehin nur von untergeordneter Bedeutung sein.

Deshalb kann die Totalverweigerung nur dann ein Kampfmittel gegen das Militär werden, wenn sie in das Gesamtkonzept eines antimilitaristischen Kampfes eingebunden wird. Sonst bricht der Widerstand zusammen sobald das Etappenziel "Abschaffung der Wehrpflicht" erreicht ist, ohne daß dem Militär in irgendeiner Weise geschadet worden wäre.

In dem Artikel aus Interim 141 werden aber noch eine Reihe weiterer wichtiger Gründe angeführt, die für Totalverweigerung sprechen. Z.B. dienen Zivildienstleistende dazu, die Löhne der Leute in den "sozialen Berufen" zu drücken oder gleich ihre Arbeitsplätze zu vernichten. Doch wird Totalverweigerung allein nicht zu einer "Schwächung der normalen Machtstrukturen hier" (Interim 141) führen (wenn sie nicht zu einer Massenbewegung wird, und das ist illusorisch. Seit Existenz der Bundeswehr hat es ein paar hundert Totalverweigerer gegeben. Und selbst ein paar hundert Totalverweigerer pro Jahr wird der Staat verkraften können).
Die Totalverweigerung hat nur dann einen Sinn, wenn sie nicht isoliert dasteht; wenn wir es schaffen, zusammen mit den Menschen in den "sozialen Berufen" und den von Zivis betreuten Kranken, Alten u.a. das Unsoziale der Zwangsdienste aufzuzeigen und die Legitimation dieser Zwangsdienste zu zerstören.

Dazu ist es notwendig, daß wir uns in Kollektiven organisieren, die sich nicht nur als Bezugsgruppe verstehen, wenn ein Totalverweigerer angeklagt und eingeknastet wird, sondern die Totalverweigerung als Teil einer weitergehenden politischen Arbeit begreifen.

Zum Schluß noch ne Bemerkung zur Erklärung der "Flammenden Herzen". Sicher war und ist das Militär ein wichtiger Stützpfeiler patriarchaler Herrschaft und eine von vielen Institutionen, in denen Männer in die Rolle des furchtlosen Fighters und "Beschützers" gezwungen werden.
Die Opfer einer imperialistischen Armee sind aber die Millionen von Toten, Unterworfenen und Vertriebenen, die ungezählten vergewaltigten und zur Prostitution gezwungenen Frauen. Um die Mitarbeit an patriarchaler Gewaltherrschaft zu verweigern, brauchen wir uns nicht erst zu "Mitopfern" zu erklären

FRAUENVOLXSPORT



Frauenwiderstand heisst - die Feinde schädigen behindern und verhindern

wir haben es immer wieder satt, in einer Gesellschaft zu leben, in der Profite mehr zählen als Menschenlebe n. darum haben wir heute, in den Morgenstunden des 15. Aprils,* an je einer Tankstelle von ESSO, AGIP und BP einige Unkosten in die Tanks ges chüttet. Wir denken, dies ist eine minimale antwort dara uf, dass die ölmultis mit dem golfkrieg ihre fe tten bäuche weiter ges topft haben und ein kleiner Schritt, die Logik des geldhäufens zu sabotie ren. Mit dieser Aktion stellen wir uns auch aktiv gegen das vergessen, das sich schon wieder breit macht und gegen die allgemeine fried ens-heuchelei.

*in zürich

die gewinne aus dem ölgeschäft habe n ein ausmass erreicht, das zum einen in der Geschichte des Kapitalismus einmalig ist, zum andern den usa eine spitzenposition unter allen imperialistischen mächten verliehen hat. ölbonzen stellen eine der wichtigsten kapital-fraktionen in den usa dar, welche die us-aussen und kriegspolitik massgeblich bestimmen. Esso ist einer der grössten vertreter der ölmultis in der ch und gehört als tochtergesellschaft des us-konzerns exxon zu den weltweit grössten profiteuren d er offenen und verdeckteren Kriege in der golfregion. exxon verbuchte 199o einen um 42% gestiegenen gewinn, wobei sich dieser im winter 9o mehr als verdreifacht hat.
wie immer hat auch der finanzplatz ch seine schmutzigen Finger mit im Spiel. bis heute ha ben die ch multis und grossbanken unter dem militärischen schutzschirm der führenden imperialistischen mächte an der Ausplünderung des trikont, d.h. der sogenannten 3. Welt teilgenommen. dafür boten s ie dem internationalen kapital und allen despoten der welt einmalig g eschützte anlagemöglichkeiten. in einem klima des 'sozialen friedens'. seit den 7oer jah ren funktioniert der finanzplatz ch auch als drehsch eibe, welche die ölmilliardenin die metropolenwirtschaften inkl. in die ch umverteilt hat. so sollen auch riesige summen des hussein-familien-clans auf ch -banken gelagert sein.

der offene krieg der usa und eg hatte vielen die augen geöffnet. die dauerbombardierungen im irak haben auch hier viele a us dem schlaf gerissen. die fortsetzung des krieges, den 'sie' frieden nennen, soll uns die augen w ieder schliessen. der massenmord am kurdischen volk vor den augen der weltöffentlichkeit wird als inner-irakisch e angelegenheit dargestellt, mit dem die wes tmächte angeblich nichts zu tun haben. doch so vergesslich sind wir nicht:

der offene Krieg in der golf-region war ein unvergleichlich brutaler akt in der langen geschichte von den erst kolonialen, dann imperial-istisch en raubzügen europas auf allen anderen kontinenten. seit jahrhunderten haben die herrschenden europas abermillionen menschen das land geraubt, um die reichtümer der natur und menschlich en kulturen zu plündern oder zu zerstören. abermillionen mens chen die existenzgrundlage geraubt, zerstört um sie zu zwingen, ihre körper und ihre arbeitskraft für hungerlöhne zu verkaufen, weltweit die umwelt vergiftet, menschen ins materielle, soziale und psychische elend gestürzt oder sie direkt gejagt, verfolgt, vergewaltigt, ermordet

und so abermillionen in die flucht getrieben. die geschichte des kurdischen wie auch des palästinensich en volkes ist die geschichte eben solcher kriege und ih res widerstandes dagegen. seit die weltpolitik von den ölinteressen bestimmt wird, war der arabische und kurdische raum zentrales angriffsziel des imperialismus.

frauen haben schon immer die hauptlast der kolonialen raubzüge getragen: weil sie in allen situationen die überlebensarbeit leisten, weil zusätzlich zu ih rer arbeitskraft ihre körper ausgebeutet, prostituiert vergewaltigt, gehandelt werden, weil das eindringen der europäer in ihre länder und kulturen, sei es als soldaten, gesch äftsmänner oder touristen, immer von ihrer gewaltsamen sexuellen ausbeutung begleitet wurde und ist, weil viele von ih nen mit dieser extremen betroffenheit teil des militanten widerstandes sind.

die krise des imperialismus spitzt sich derzeit wieder drastisch zu: dass die usa und eg ihre vernichtungsmaschinerie offen in der golfregion eingesetzt haben bzw. mussten ist gena uso ein ausdruck davon, wie die zunehmende militarisierung der flüchtlingspolitikk oder der sich ausbreitende faschismus in der europäischen bestie. die globale verschärfung der rassistischen und sexistischen bedingungen kann aber nur so offen durchgesetzt werden, weil die herrschenden dabei auf die kollaboration oder zumindest die schwäche der weissen europäerInnen und us-amerikanerInnen zählen.

wir leben als weisse frauen in der ch -apartheidgesellschaft im dickicht des sogenannten sozialen friedens, der nichts anderes ist als mehr oder weniger gut bezahltes wegschauen, schlucken und schweigen. uns wird materieller wohlstand in form von gewissen privilegien gewährt. den weissen männern mehr als uns und zusätzlich das staatlich gegeschützte ausbeutungsrecht über alle frauen.

gleichzeitig zerstört der klinisch reine kapitalismus unseren lebensraum, unsere sozialen beziehungen, drängt viele von uns in vernichtenden individualismus, isolation, in die psychischhe verelendung. hier wird nicht hunger sondern hoffnungslosigkeitals waffe eingesetzt. um das verdrängen leichter zu machen werden kauf und rausch oder rückzug in alternative nischen angeboten. wo widerstand nicht käuflich ist, wird er auch hier mit gewalt bekämpft.

wir sind nicht bereit, an der verdrängung mitzumachen. wir wollen die verhältnisse und unsere position darin sehen wie sie sind und als solche auch ernst nehmen. vor allem uns ernst nehmen mit unserer kraft und unseren möglichkeiten zur veränderung.

wir grüssen alle frauen und männer weltweit, die mit h erz und verstand gegen ein system kämpfen, das schon lange seine zerstörerische fratze gezeigt hat und die minimalsten bedürfnisse und rechte der kinder, frauen und männer mit füs sen tritt. Keinen frieden mit den profiteuren!

- schluss mit dem ma ssaker am kurdischen volk!
- usa und eg raus aus der golfregion!
- frauen organisiert euch, sch lagt zu, für einen militanten frauenkampf hier!
- solidarität mit allen für befreiung kämpfenden fra uen weltweit!
- solidarität mit den palästinensischen, andern arabischen und kurdischen klassenkämpfen von unten!
- solidarität mit dem hungerstreik von action directe - für die zusammenlegung a ller politischen gefangenen!

FRAUEN IM RADIO

Die Frauenprojekte im
VEREIN FÜR INTERKULTURELLE MEDIENARBEIT
c/o LAZ, Oppelner Str 7, 1/36

veranstalten am Freitag, den 26.4.91 um 20.30
in der Schokofabrik, Mariannenstr. 6 eine Diskussion zu

"FRAUEN IM RADIO"

Mit dem derzeitigen Wegfall und der noch ungewissen Zukunft von RADIO 100 ist gerade für die Berliner Frauenprojekte eine wichtige Plattform in den Medien zur Darstellung ihrer Interessen und Schwerpunkte verloren gegangen.

Was mit dem anderen Frauenprogramm, den *Zeitpunkten*, nach der Gründung der 3-Länder-Anstalt NOR geschehen wird, ist zur Zeit noch unklar. Wenn jedoch beim NOR mit dem gleichen Stab an Mitarbeiterinnen und der gleichen Sendedauer die Belange von Frauen aus drei Bundesländern und nicht wie bisher einer Halbstadt abgedeckt werden muß, ist klar, daß sich das auf die Inhalte auswirken wird.

- *Wie und wo werden die Interessen der Frauen in Zukunft im Radio eine adäquate Plattform haben?*

In der Veranstaltung werden diese und weitere Fragen, die sich im Rahmen der Diskussion um die Präsenz von Frauen in den Medien stellen, angeschnitten:

- *Frauensendungen bis ins Jahr 2000 und wieder zurück - wie zeitlos sind Frauensendungen?*
- *Woher nehmen und nicht stehlen - wo ist sie, die quotierte Redaktion?*
- *Hat sie Töne? - Wie über Musikauswahl per Computer die Präsenz von Frauenmusik im Hörfunk beeinflußt wird.*



- *Alternativsender trägt Korsett - Radio mit feministischem Anspruch und sexistischer Werbung?*
- *Gibt es das feministische trojanische Pferd im aktuellen Hörfunkprogramm?*
- *Die Auswirkungen der geplanten 3-Länder-Anstalt NOR: Zwangsjacke für Frauenprogramme?*
- *Dissonanzen, da war doch was? - Waren RADIO 100 Frauenprogramme Wunschsendungen?*

SFB-Radiomacherinnen, ehemalige RADIO 100 Macherinnen und Frauen aus anderen Medien werden zu all den oben genannten Themen befragt. Alle Frauen können die Gelegenheit nutzen, ihre Wünsche, ihre Forderungen und ihre Kritik an den Frauenprogrammen zu äußern. Dies gilt auch im Hinblick auf ein mögliches Wiederaufleben der Frauenprogramme bei Radio 100.

RAUSSCHMIß DER GRUPPE ASYL E.V. AUS DER KIRCHENGEMEINDE
"ZUM HEILIGEN KREUZ"IN DER NOSTITZSTRAßE IN KREUZBERG

Wir, die Gruppe Asyl, haben seit 8 Jahren eine Beratungsstelle für Flüchtlinge in der Gemeinde. Seit dieser Zeit nutzen wir die Räume kostenlos, ebenso das Telefon. Übersetzungstätigkeiten wurden überwiegend von der Kirche bezahlt.
Jetzt ist Schluß damit. Seit Juli 1990 haben wir die Kündigung. In dem Kündigungsschreiben heißt es zuletzt: "...wir erwarten daher, daß die Gemeinde bis zum 15. April uneingeschränkt über die bisher von Asyl e.V mitbenutzten Räume verfügen kann. Wir bitten uns spätestens bis zu diesem Tag die Schlüssel auszuhändigen und die dem Verein gehörenden Gegenstände aus den Räumen zu entfernen."
Die Begründungen für diesen Rausschmiß sind fadenscheinig.
"Es gibt politische Differenzen...." Diese gab es bereits zu Beginn unserer Arbeit vor 7 1/2 Jahren.

1983 besetzten wir mit palästinensischen Familien die Gemeinderäume und forderten den Schutz vor der Ausländerpolizei für die Flüchtlinge. Der Westberliner Senat praktizierte massive Abschiebungen in den Libanon. Wir erhofften Sicherheit vor einer Räumung durch die Bullen und vor allem die Unterstützung für eine breite Öffentlichkeit, um einen Abschiebestopp zu erzwingen. Nach drei Wochen Zusammenleben mit den Palästinenser/inne/n, inzwischen auch mit zwei Männern aus dem Libanom und der Türkei, beschloß der Senat den Abschiebestopp in den Libanon. Während dieser drei Wochen Leben dort kamen viele Flüchtlinge mit allen Problemen, die ihnen der Senat insbesondere durch das Asylverfahren im Exil auszwingt. So gingen wir nach diesen drei Wochen nicht aus der Gemeinde, sondern bauten u.a. eine Beratungsstelle auf, die bis heute 3 x in der Woche kontinuierlich für alle Flüchtlinge zur Verfügung steht - zur Lösung ihrer Probleme, um ihrer Einsamkeit für eine kurze Zeit zu entfliehen, um sich zu informieren über die sich permanent verändernde politische Situation hier. Die Kirche beschloß, uns zunächst einenRaum, später sogar drei Räume zur Verfügung zu stellen.

Die Beratung ist von Anfang an nur ein Teil unseres Widerstandes hier: Öffentlichkeitsarbeit auf Demonstrationen, in Schulen und Veranstaltungen über die Fluchtgründe und den staatlich gelenkten Rassismus, Verhinderung von Abschiebungen, usw...
Unsere Tätigkeiten und unser Standpunkt diesem Staat gegenüber sind dieselben geblieben.

Die Kirche tut nun das, wovor uns Freund/inne/n warnten, als wir beschloßen, die Räume in der Gemeinde weiter zu nutzen:
solche Organisationen und Institutionen spannen euch vor den Karren, sie werden euch ihre Ziele aufzwingen oder eure Arbeit durch Spaltung der Gruppe zerstören.

Wir setzten aber auf die Hoffnung, daß nichts bleiben kann, wie es ist, und wagten durch unser Bleiben in den Gemeinderäumen den nötigen Versuch, aus dem Ghetto autonomer Politik einen kleinen Schritt zu tun.

Gescheitert!

Die Kirchengemeinde hat in den letzten 2 Jahren parallel zu unserer Arbeit eine eigene Beratungsstelle aufgebaut. Wir merkten das zunächst nicht, weil die kirchliche Beratung heute zum großen Teil von einer Frau gemacht wird, die lange in unserer Gruppe war. Jetzt trägt sie als "Nur-noch"-Angestellte der Kirche die Beratungsstelle.
Diese Verstrickung hat es uns schwer gemacht, die Entwicklung unserer Arbeit im Gemeindehaus bis hin zum Rausschmiß für außenstehende Menschen verständlich zu machen: eine einstige Freundin, mit der wir auf Demos gemeinsam den Bullen gegenübergestanden haben, ist heute ein wesentlicher Grund für den Rausschmiß, der unser materielles Fundament kräftig ins Wanken bringt.
Darüberhinaus machen die heuchlerischen Begleitumstände der Kirche es schwer, den Rausschmiß auf den Punkt zu bringen. Sie redet von "Trennung", lobt unsere Arbeit, spricht uns Sympathien aus und schmeißt uns auf die Straße. Sie bot uns sogar Hilfe bei der Suche nach neuen Räumen an und eine finanzielle Starthilfe. Nun behauptet sie, wir seien zu Gesprächen nicht bereit. Es ging aber nicht darum, ob wir bleiben können, sondern nur um das WIE der "Trennung". Da wissen wir uns aber selbst zu helfen, und Schweigegelder lehnen wir auch ab!

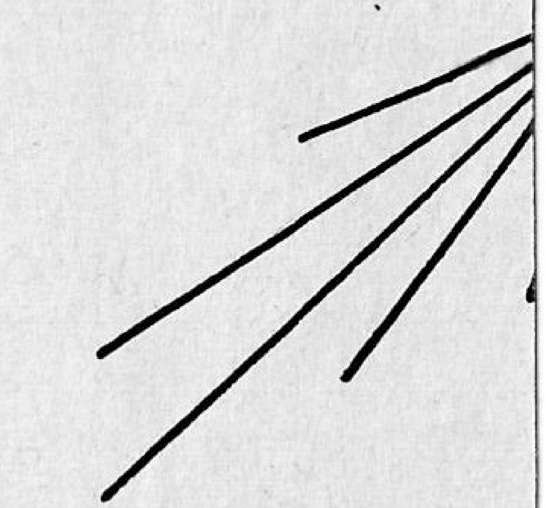
Fest steht, daß die Kirche sich unsere Arbeit zu Nutze gemacht hat. Durch den Rausschmiß schwächt sie unsere Arbeit und spaltet den Widerstand gegen die Flüchtlingspolitik. Sie kanalisiert den Widerstand gegen Ausbeutung und Unterdrückung der sogenannten 3. Welt durch die Westmächte und gegen den Rassismus hier, der sich gegen die von der Westmächte selbst in die Flucht geschlagenen Flüchtlinge richtet, in staatlich anerkannter Sozialarbeit.
Es zeigt sich schon jetzt eine deutliche Verunsicherung der Flüchtlinge.Sie wissen, daß wir eine machtlose Gruppe sind, von der sich eine Institution "trennt" und daß die Kirche in jeder Hinsicht zunächst mehr Möglichkeiten hat, ihnen individuell zu helfen.

Wir machen natürlich weiter. Eine materielle Grundlage ist gut, sie ist aber nicht die Voraussetzung für unseren Widerstand.

Ab 4. Mai 1991 sind wir im Thomas-Weisbecker-Haus in der WILHELMSTRAßE 9 , 1000 BERLIN 61
U-Bahnhof Hallesches Tor

Beratungszeiten
Montag 16.00 - 20.00 Mittwoch 10.00 13.00 Donnerstag 16.00-20.00

Info-Stützpunkt K 36



Ausgelöst durch Maueröffnung, Widervereinigung und Hauptstadtpläne hatten sich vor einiger Zeit zahlreich Menschen getroffen und sich Gedanken darüber gemacht, wie der anstehenden Umstrukturierung und deren Folgen (vor allem für 36) etwas entgegenzusetzen sei. Übriggeblieben sind weniger zahlreiche Menschen und die Idee vom Info-Stützpunkt K36 mit Info-Telefon. Imfolgendem eine verkürzte Zusammenfassung unserer Diskussion über die Einschätzung und Funktion eines solchen Info-Stützpunktes.

Zum INFO-STÜTZPUNKT K36

------------------------Berlin soll zur Hauptstadt umgebaut werden , zur Europa-,Dienstleistungs-,und Kulturmetropole , zur Olympiastadt.Auch wenn sich die städtebaulichen Veränderungen zunächst im Bereich von Kudamm und Alex dokumentieren , sind die ersten Auswirkungen der Umbaupläne für die neuen innerstädtischen Bezirke , also auch Kreuzberg , zu spüren, Durch Spekulation steigen Wohnungs-,und vor allem auch Gewerbemieten und ein erster Verdrängungsprozeß findet statt.

Am geplanten Um-,und Ausbau werden nur einige wenige kräftig verdienen. Es wird auchin Zukunft noch viele geben , denen es nicht schlechter gehen wird als bislang. Aber es wird auch Menschen geben, die das Leben hier nicht mehr bezahlen können und dadurch an den Rand gedrängt werden.

Im Ostteil der Stadt kommt es zu Massenentlassungen , drastischen Miet-,und Preiserhöhungen , das Netz für eine minimale soziale Absicherung ist löcherig.Im alten Westteil werden Subventionskürzungen ebenfalls zu Entlassungen führen (z.B.SEL) , sowie zu Haushaltskürzungen , vor allem im sozialem Bereich. Die Konkurrenz um Arbeitsplätze und den gleichbleibend geringen billigen Wohnraum nimmt zu. Trotz dieser Abwärtsentwicklung wird Berlin weiterhin Anziehungspunkt für die Menschen aus dem Umland sein. Die Unterschiede zwischen arm und reich werden wachsen , doch es ist nicht abzusehen , daß sich daraus Klassenkämpfe entwickeln.

Um die Mißsti mmung zu kanalisieren , wird es sicherlich neue Förderungs -,und Weiterbildungsprogramme geben , mit dem Leitbild des fleißigen , angepaßten ex-DDR-Facharbeiters. Auf der anderen Seite stehen dann die Durchgefallenen , die es nicht geschafft haben; die Penner , Drogenabhängige , AusländerInnen , AsylantInnen , Chaoten. Eine Strategie , mit denen umzugehen wird sein , sie in ihrem Raum zu begrenzen (abzuschieben) , die Konkurrenz untereinander zu verschärfen. Dazu , wie die regionale Eingrenzung der sozialen Problemfälle aussehen wird , gibt es verschiedene möglicher Varianten:

a) Für Exoten , Jugendliche , AusländerInnen , Chaoten K36 , Teile von K61 , Moabit , Neukölln , Wedding , Prenzlauer Berg , Friedrichshain.

b) Zersiedlung der vorhandenen in viele kleine , kontrollierbare Ghettos ,die Widerstand unmöglich machen sollen.

c) Mittelfristig die völlige Beseitigung vor allem des Ghettos 36 , mit dem Ziel der Zersiedlung über die ganze Stadt hinweg.

d) Für abgerutschte Westler aus den innerstädtischen Bezirken und ex-DDrler schon bestehende Siedlungen wie Marzahn und Hellersdorf.

Unserer Einschätzung nach ist aber trotz allem von den verschiedenen betroffenen Gruppen kein Protest/Widerstand zu erwartten. Auch nicht von den Autonomen.Für sie ist die Form an Kohle ranzukommen und sich eigene Lebensbereiche zu schaffenseit den 80ern unverändert.Noch heißt Leben in 36 nicht , eingepfercht und isoliert zu sein . Für

viele bedeutet es noch eine reale Lebens-,und Widerstandskultur , in der sich Utopien , ansatzweise und begrenzt, leben und ausprobieren lassen. Doch es kommt langsam eine Ahnung auf , daß sich daran in der nächsten Zeit etwas ändern könnte.
Trotzdem halten wir an einigen Stellen der Stadt Widerstand für möglich: Gegen Entlassungen auch im Westen , gegn Super-Büro-und Handelzentrum , Autobahn - und Schnellstraßenpläne , Sparmaßnahmen AusländerInnenhetze ...
Auch in 36 leben Menschen , die bereit sind , sich zu wehren. Dei meisten wissen , daß sie von denen da Oben nichts geschenkt bekommen, daß sie was fordern müssen, daß sie durch die neue Situation regelrecht bedroht sind: Läden machen zu,die Mieten steigen. Die normal Verrückten, Zerrissenen und Chaoten gelten langsam als Fremde - die verrückte Normalität der anderen Stadtteile kündigt sich an.Jetzt und für die Zukunft ist deutlich, daß es eine klare Konfliktlinie geben wird: Einerseits die kreuzberger Bevölkerung, andererseits die große Koalition und deren aktive Unterstützer,die Kreuberger CDU und Teile der SPD, die neuen Investoren für Spreegürtel, Ost-West-Handelszentrum, die kleinen Spekulanten, wie Bollack, Pollack, Poley...
Da wir hier schon lange leben, wissen wir auch, welche Unterschiede zwischen den verschiedenen Teilen der Bevölkerung von 36 bestehen. Wenn wir es nicht schaffen, aus den ähnlichen Interessen und einem diffusem Gefühl auch konkreten Widerstand zu entwickeln, werden wir einzeln rausgejagt.
Wo sehen wir konkrete Probleme und mögliche Angriffe von Oben, wo sehen wir Abwehr oder Widerstand und welche Rolle kann der Infostützpunkt dabei spielen:

Diese sind im folgendem , z.T. stichwortartig , in die Großpunkte A-G unterteilt. Diese Großpunkte sind wiederrum in die drei Unterpunkte unterteilt:
(1): Welche Angriffe sehen wir jetzt für besonders gefährlich für die Strukturen in K36 an
(2); Wo sehen wir ersten Widerstand
(3): Welche Rolle kann der Infostützpunkt dabei spielen
A:
(1) Allgemeine Erhöhung der Wohnungsmieten durch rasche Steigerung des relativ niedrigen Mietniveaus in K36 - Verdrängung der jetzigen Bevölkerung .
(2)- Die Mieten sind im Kiez sehr unterschiedlich. Die Mieterhöhungen werden nicht für alle gkeichzeitig und explosionsartig erfolgen , sondern zeitlich verschoben und unterschiedlich hoch. Dementsprechend verschieden werden die existenziellen Auswirkungen sein(Bei Sozis keien , bei anderen nur gering , da die Mieterhöhungen nur 5% betragen).
-Forderungen nach (allgemeinem) Mietstreik wird von den einzelnen zwar gefordert , bisher jedoch kaum befolgt.

Besetzungen sind seit längerem wenig erfolgreich.
-Widerstand gegen Zwangsräumung/Räumung findet Kiezweit kaum statt.
-Vereinzelt bilden sich MieterInnen - Inis zu dem einem Oder anderem Spekulanten (z.B. Pollack) , aber unter geringer Beteiligung lösen sich diese meist schnell wieder auf.
(3) Eine genaue Übersicht erarbeiten , welche Gruppen von MieterInnen wann von welchen Mieterhöhungen betroffen sind.
Bei MieterInnen nichtmodernisierter Häuser Erhöhung um 5% bis 1994
Bei MieterInnen modernisierter Häuser , öffentlich gefördert Mietpreisbindung für 8-10 Jahre nach der Modernisierung , danach rapider Anstieg.
Bei MieterInnen privat modernisierter Häuser jährlich 11% der Kosten plus die "normalen" 5% der Grundmiete.
Sonderfälle wie Selbsthilfeprojekte , Eigentümergenossenschaften , ex-Besetzerprojekte etc. ist die Miete von Förderung , Kreditzinsen usw. abhängig.

Diese Übersichten können durch einzelne Interessierte z.B. blockweise zusammmengestellt werden. Hinzu Angaben über einzelne Eigentümer , Spekulanten und Wohnungsbaugesellschaften.
- Wo regt es sich wenigstens ein bißchen? Wo legen MieterInnen bei Kündigung wenigstens Einspruch ein , lassen die Miethöhe überprüfen , organisieren Hausversammlungen.
- Schwerpunktkampagnen zu Einzelfällen , in denen sich MieterInnen wehren (am Beispiel Gewerbe Eisenbahnstraße 4) , propagieren und unterstützen, Desgleichen bei Zwangsräumungen.
B:
(1) Extrem schnelle und sehr hohe Gewerbemietensteigerung.
Als normal galt bislang etwa 5 DM pro qm , z.ZT. werden schon 10-15 verlangt , für die nahe Zukunft erhoffen sich die Spekulanten 20-30 DM. Schätzungen für das Ost-West-Handelszentrum liegen bei 75-90 DM warm.
-Schließung von Läden und in Fabriketagen nun statt WG's aufgrund der gunstigen Lage Architektenbüros , Softwareklitschen oder Luxusmodernisierung.
-Ausbau des Spreegürtels zum Gewerbezentrum im Kiez.
(2)Kiezkampagne "Wir Bleiben..." weitet sich aus.
(3)Auch hier eine genaue Übersicht , wen es wann betrifft und welche Auswirkungen das hat. Wo wehren sich Menschen(siehe Mieten).
-Wenn Leute rausgedrängt werden , wer kommt neu und was ist geplant.
-Welche Rolle spielt die Notgemeinschaft der Gewerbetreibenden
-Diskussion darüber , was wir von der "Kreuzberger Mischung" halten, welches Gewrbe wollen wir und welches nicht
-An jedem neuen Konfliktpunkt absprechen inwieweit der Infostützpunkt unterstützt.
C:
(1) Wegfall oder Kürzungen von Staatsgeldern für "Sozial-und Ausbildungsprojekte" . Da viele von diesen in Gewerbeläden arbeiten sind sie zudem noch von Mieterhöhung betroffen.
(2) Von den betroffenen Kinderläden finden Berlinweite Treffen statt. Zusätzlich Treffen der Kreuzberger KiLa's. Ebenfalls Treffen der Staatsgelderprojekte (In k36 extra-Treffen?)
Wie sich doppelt betroffene Projekte im einzelnem verhalten ist uns unbekannt.
(3) Zusammenstellung der Projekte , die doppelt betroffen sind und informieren , ob und was sie machen wollen. Unterstützu ng für die Verbreitung ihrer Infos im Kiez.
D:
(1) Die schleichende Yuppiesierung im Kiez geht weiter.
-Entstehen von Luxusappart. auf Dachböden , weitere teuere Restaurants und Schicki-Läden.
Der neue Ex-Linke Mittelstand.
(2) Es existiert nur spontaner und zufälliger Widerstand. Dieser ist zudem umstritten , da es keine gemeinsame Diskuss ion darüber gibt , wer genau gemeint ist und welche Mittel für angemessen gehalten werden.
(3) Besuche bei uns bekannten "Fällen" und Zusammenfassung von Tatsachen und Aussagen der Yuppies. Anschließend öffentliche Diskussion über Einschätzungen der Yuppies und deren Läden und darüber , welche Mittel für angemessen gejalten werden.(Kampagne:"Anwohner beobachten Yuppies"?)
- Was ist der neue Mittelstand genau? (z.B. aus Kollektivbetrieben werden Kleinunternehmer , Zapf , Zaxidienst am Südstern...)
<TDS war nie ein Kollektiv! d. Leiauter>
E:
(1) Zerstückelung des Kiezes durch große , neue Verkehrswege und damit eine Zunahme des Verkehrs insgesamt.(O-straße/Skalitzerstr und Köpenickerstr/Schlesischestr. als Anbindung an die City)
(2) Die BI Blechlawine scheint nach anfänglichen Aktivitäten in einer Flautephase zu sein,

-Gibt es andere Ini's? Gruppen zur Verkehrsberuhigung , Fahrradfahrer..?
(3) Wann ist was genau geplant , welche einzelnen bürokratisch-legalen Be-oder Verhinderungsmöglichkeiten gibt es? Wer hat wann was zu entscheiden?(Bez.Amt/Senat/Bund/Gericht)

F:

(1) Abbau der Lebensqualität im Kiez durch Ausbau von Baulücken , Dachböden und der Bebauung von Mauerstreifen. Es gibt in der Folge weniger Grünflächen , Kitaplätze , Schulen , Sportflächen.
(2) Außer "kleinenAnfragen" von AL und BVV ist erstmal nix zu sehen. (Ausnahme Kinderbauern)
(3) Wo gibts im Kiez noch Baulücken , bei welchen ist schon was geplant?
-Diskussion darüber , wie wir uns den KIez vorstellen.

G:

(1) Menschliche Zerstorung des Kietzes: In K36 leben viele verschiedene Gruppen von Menschen , die jedoch untereinander kaum Kontakt haben.
Im Gegenteil , die Menschen sind individualisiert , die Stimmung ist aggressiv. Der Frust den jede/r durch Leistungszwang und Druckausübung an der Arbeitsstelle oder in der Schule mitbekommt wird in Form von Gewalt -Rassistische Anmache , Gewalt gegen Frauen , Kinder ...- an den falschen abgelassen.
(2) Das Problem wird entweder kaum gesehen oder aber nur beklagt.
(3) Dieses Problem anzugehen , ist schwer , zumal es viel mit unserem eigenen Verhalten und der Unfähigkeit , aufeinander zuzugehen , zu tun hat. Wir wollen versuchen , mit möglichst vielen verschiedenen Leuten in Kontakt zu kommen , Beziehungen zueinander aufbauen , und der gezielten Individualisierung etwas entgegensetzen.

Der Infostützpunkt K36 ist als gemischter Zusammenhang Teil einer notwendigen Struktur von Gruppen, Initiativen und Menschen, die sich gegen Umstrukturierung zur Wehr setzen.
Wir wollen nicht, daß das Wissen von drastischen Mieterhöhungen, Kündigungen, Hausverkäufe, Spekulanten, Zwangsräumungen, Bauvorhaben und Baupläne nutzlos in den Köpfen einiger weniger bleibt, Wir wollen die Infos zu diesen Themen sammeln, sortieren und auswerten, um sie dann Gruppen für deren Arbeit zur Verfügung stellen, in direktem Austausch oder über regelmäßige Flugblätter, eine Wandzeitung , Plakate, Kiezpalaver...
Wir wollen ebenso die Vernetzung von aktiven Gruppen und betroffenen Menschen unterstützen.
Der ISt K36 will aber weder Sozialarbeit leisten, noch eine Denkfabrik, ein Mieterladen oder autonomes Zentrum von Aktivitäten und Widerstand sein, sondern will eine unterstützende Funktion in der Schaffung eines breiten, selbstorganisierten Protestes und Widerstandes haben.
Die Wirksamkeit und das Funktionieren des Infostützpunktes wird aber vor allem davon abhängen, daß sich
-viele Menschen mit vielen Infos melden
-daß es viele Menschen und Gruppen im Kiez gibt, die hier arbeiten und sich wehren
-in anderen Stadtteilen ähnliche Initiativen bilden
Die Sache hat nur einen Haken.....
Um diese unsere ganzen Vorstellungen in die Tat umsetzten zu können, sind wir noch viel zu wenige , die mitarbeiten. Trotzdem haben wir uns entschieden, anzufangen. Am 28.4. wird es ein offenes Treffen für interessierte Menschen um 20 Uhr im Laden im Vorderhaus der ReichenbergerStr. 63a geben.



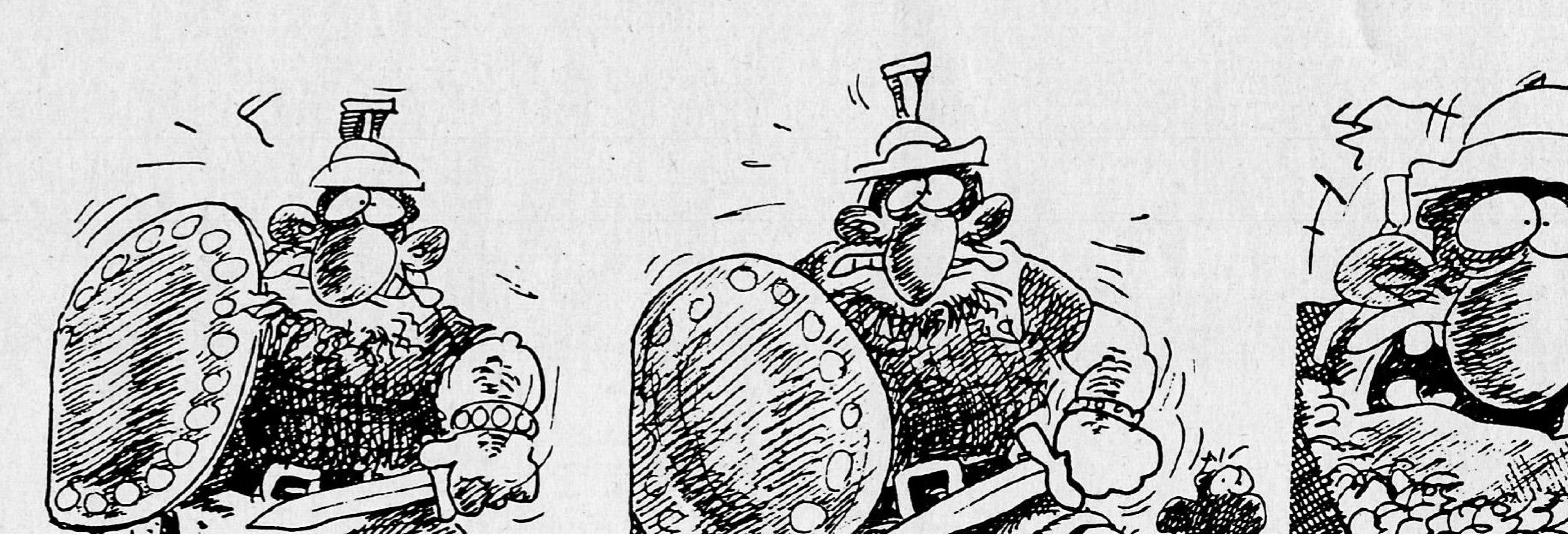
Durchsuchung von SUBITO

Infoladen "Subito" in Freiburg zum zweiten Mal durchsucht!
Unter dem Schutz von uniformierten Polizisten durchsuchten am Dienstag, den 09.April 1991, Zivilbeamte von Bundes und Landeskriminalamt, unterstützt von hiesigen Beamten der Kriminalpolizei zum zweiten Mal den Infoladen "Subito" in Freiburg.
Wie auch schon bei der letzten Durchsuchung am 23.Juli 1990 wurde im Durchsuchungsbeschluß des Oberlandesgerichts Stuttgart als Begründung ein Ermittlungsverfahren gegen "unbekannte Verfasser, Herausgeber, Hersteller und Verbreiter der Druckschrift Ausbruch" genannt wegen "Werbens für eine terroristische Vereinigung", nach dem Gesinnungsparagraphen 129a. (Zitate aus dem Durchsuchungsbeschluß des OLG Stuttgart vom 18.März 1991)
Konkrete Begründung für die Durchsuchung war ein in der Freiburger Zeitung "Ausbruch" Nr.17 abgedruckter Text der Revolutionären Zellen zu einem Anschlag auf die Staatskanzlei und das "Ministerium für Arbeit und Soziales" in Düsseldorf im Januar 1991. Beide Institutionen sind verantwortlich für die teilweise schon durchgeführte Abschiebungen und sogenannte Rückführungen der insgesamt 5000 Romas nach Jugoslawien.
Beschlagnahmt wurden dieses Mal wieder verschiedene Ausgaben der "Ausbruch" und andere Zeitungen, von einer anwesenden Person wurden ohne ersichtlichen Grund die Personalien aufgenommen.
Wir sehen diese zweite Durchsuchung des Freiburger Infoladens "Subito" als einen weiteren Versuch des Staates und seiner Verfolgungsorgane, linksradikale Kommunikationsstrukturen anzugreifen, um darüber eine Diskussion mit interesierten Menschen im Ansatz zu verhindern. Somit richtet sich diese Kriminalisierung nicht nur gegen die Freiburger Zeitung "Ausbruch" und den Infoladen "Subito", sondern ist auch die Antwort des Staates auf jegliche außerparlamentarische Opposition. Nach der ersten Durchsuchung am 23. Juli 1990 haben deshalb verschiedene Medien der Gegenöffentlichkeit eine gemeinsame Resolution verfaßt. (s. Anlage)

Die "Ausbruch" ist eine Freiburger Zeitung, in der Artikel zum Internationalismus, zu sozialen und politischen Gefangenen, zum Frauenwiderstand, zu regionalen Diskussionen und Aktivitäten und vieles mehr veröffentlicht werden. Sie erscheint nun schon seit fast zwei Jahren. Dabei war es immer ein wichtiges Anliegen, allen interesierten Menschen das Lesen der Zeitung zu ermöglichen.
Im Infoladen "Subito" werden auch nach der zweiten Durchsuchung weiterhin Zeitungen aus der Region, aus anderen Städten, Dokumentationen radikaler Opposition und Widerstand ausliegen.

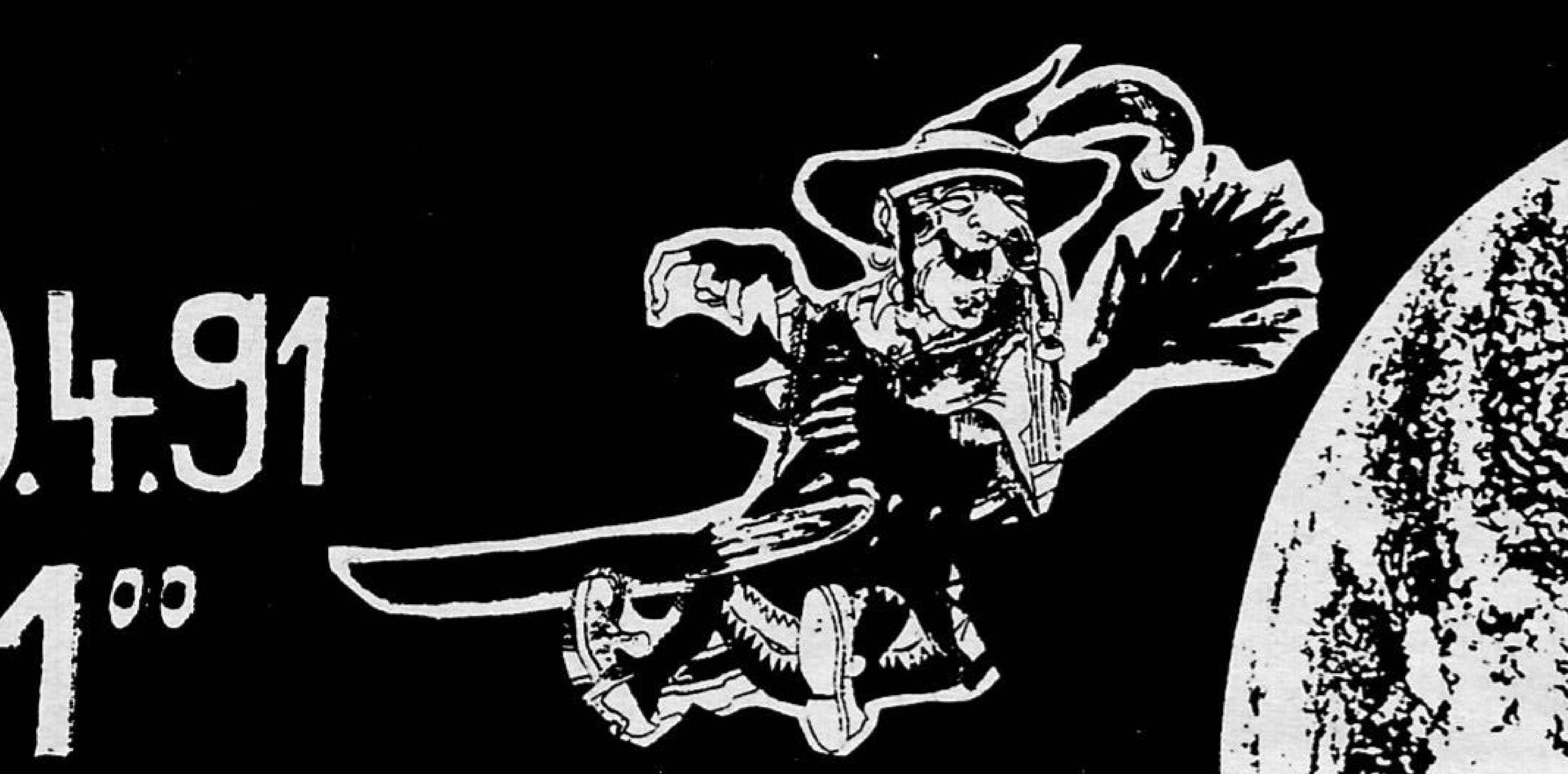
- Keine Kriminalisierung von Infoladen "Subito" und "Ausbruch"!
- Für eine freie, unzensierte Gegenöffentlichkeit!
- Einstellung aller Ermittlungsverfahren!
- Weg mit dem § 129a!

Nutzer und Nutzerinnen des Infoladens "Subito"
Freiburg i.Br., 15.April 1991



DEMO:

um: 18 Uhr
am: Kleistpark














natürlich
KREUTZIGER STR.
FRIEDRICHSHAIN

REGIERUNGEN KOMMEN UND GEHEN



KREUTZIGER BLEIBT!!

1 JAHR BESETZT



STRASSENFEST AM SAMSTAG 27. APRIL

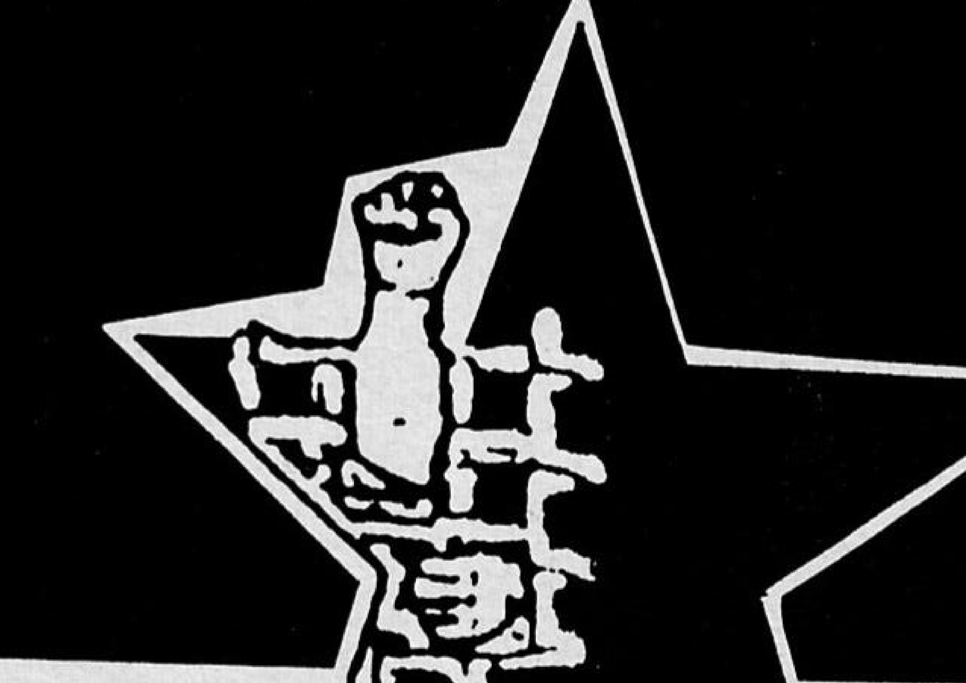
13 Uhr: Kinderfest, Theater, Spielplatzeinweihung, Musik, Info-Stände, Essen & Trinken, Kino usw.

Ab 17 Uhr: Live-Musik:
- SOUL FOR SALE; Berlin
- OCCUPIED SLUTS, Kreutziger
- B - CHOR, Friedrichshain
- KÜCHENSPIONE, Weimar
- & ne Band aus Wolfsburg
- & special guests !

Anschl. Super-Party im PILATUS !!!!!!!!

FÜR ALLE!

GEFANGENE WOLLEN RAUS !





SPÄTESTENS ZUM REVOLUTIONÄREN 1. MAI

FÜR EINE GESELLSCHAFT OHNE KNÄSTE !

konzert vor MOABIT 28·4·91, 15 uhr
u-bhf turmstr.

Live vom LASTER: REVENGE"

ANTIFASCHISTISCHE AKTION

ES GIBT IHN IMMER NOCH - DEN SONNTAGSSPAZIERGANG !!!

SIE WOLLEN NICHT, DASS WIR AUF DIE STRASSE GEHEN

SIE WOLLEN, DASS WIR RESIGNIEREN

WIR DEMONSTRIEREN TROTZDEM - FÜR UNSERE HÄUSER - GEGEN ALTE UND NEUE NAZIS - UND ÜBERHAUPT GEGEN UND FÜR ALLES !!!

WIR SIND SCHWARZ UND WEISS, GLATZKÖPFIG UND LANGHAARIG, DRECKIG UND SAUBER, LEGAL UND ILLEGAL, ABER NICHT SCHEISSEGAL !!!

VENCEREMOS!

VIVA LA REVOLUTION!

NO PASARAN!

DESHALB KOMMT ZUM REVOLUTIONÄREN

SONNTAGSPAZIERGANG!

JEDEN SONNTAG AM U-BAHNHOF FRANKFURTER TOR

UM 15 UHR





Eine subjektive Auswahl von Berichten aus einer linken baskischen Tageszeitung - herausgepfckt und übersetzt vom ÜbersetzerInnenkollektiv Nürnberg.

GAL IN SPANISCHEN KNÄSTEN?

Der soziale Gefangene Luis Rivas Dávila hat in einem handgeschriebenen Brief erklärt, daß versucht worden sei, ihn für eine knastinterne GAL zu rekrutieren. Die GAL (Grupos antiterroristas para la liberación) sind die im spanischen Staat operierenden Todesschwadrone.

Ende Januar seien der Chef vom Dienst und drei Beamte in seiner Zelle erschienen und hätten zu ihm gesagt:"Du bist dumm, Dávila. Soviel Kampf für nix."(Dávila hatte sich im Knast Herrera de la Mancha an Protesten gegen die Isolationshaft beteiligt.) Sie hätten ihm weiterhin mitgeteilt, daß er, wenn er für die DGIP, die Generaldirektion der Strafanstalten, arbeite, alles haben könne, was er verlange. Für die DGIP arbeiten hieße, daß sie ihm Schlüssel besorgen würden, und er"einflußreiche" ETA-Gefangene exekutieren solle. Als er sich weigerte, als GAL-Kommando zu fungieren, hätten sie ihm gesagt, er werde darüber nachdenken und dem Direktor von Herrera dela Mancha seinen Entschluß mitteilen. Außerdem hätten sie ein Foto von ihm selbst und von seiner Frau mitgenommen.

Dávila hatte einen Selbstmordversuch vorgetäuscht, um mit "euren Leuten" (egin) in Kontakt treten zu können und die Sache weiterzugeben. Dávila schrieb weiter:

"Ich fürchte um mein Leben und möchte, daß dies bekannt wird. Ich habe weder mir selbst noch jemandem von der ETA Schaden zugefügt.(...) Paßt auf! Sie wollen GAL-Kommandos innerhalb der Knäste bilden; Mit uns haben sie es nicht machen können, aber es gibt viele, die das tun würden. Ich habe ziemlich schlimme Depressionen wegen alldem, und ich weiß, daß sie mich auf die eine oder andere Art zugrunde richten werden. Ich werde mich niemals selbst umbringen. Wenn mir etwas passiert, dann seid Euch sicher - sie waren es."

Am 18.3.91 nahmen im Isotrakt von Herrera de la Mancha sieben Gefangene, darunter Luis Rivas Dávila, die Knastärztin und zwei weitere Beamte als Geiseln. Sie forderten ein Gespräch mit Vertretern der Strafvollzugsbehörde und einem Richter. Offiziell hieß es zunächst, sie würden gegen Überbelegung und die schlechten Haftbedingungen protestieren. Erst zwei Tage später wurde bekannt, daß das Hauptmotiv die Versuche der GAL-Bildung im Knast ist.

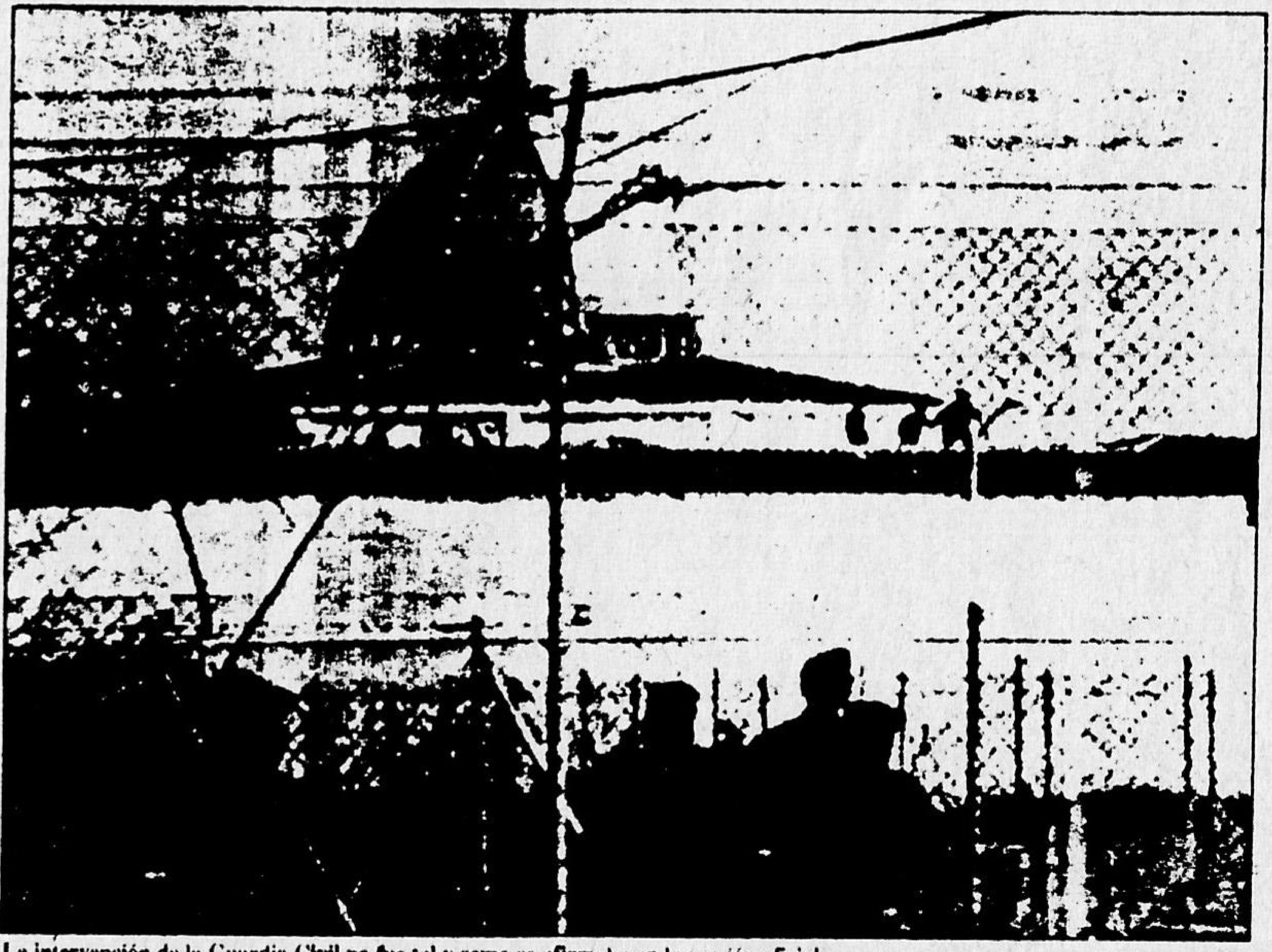
Nachdem die Ärztin, die im vierten Monat schwanger war und schon zwei Fehlgeburten hatte, freigelassen wurde, beendete eine äußerst brutale Aktion der Guardia Civil entgegen der Zusicherungen der Knastleitung in der Nacht zum 19.3. die Meuterei. Vier der beteiligten Gefangenen wurden, zum Teil schwer verletzt, in die Krankenstation von Alcalá-Meco verlegt, der Aufenthaltsort der anderen drei, darunter Rivas, war bis zum 21.3. unbekannt. (Letzte uns bekannte egin-Ausgabe)

Am nächsten Morgen stiegen in einem anderen Trakt von Herrera 20 Gefangene aufs Dach. Diese Meuterei wurde nachmittags nach sechs Stunden von der Guardia Civil niedergeschlagen.

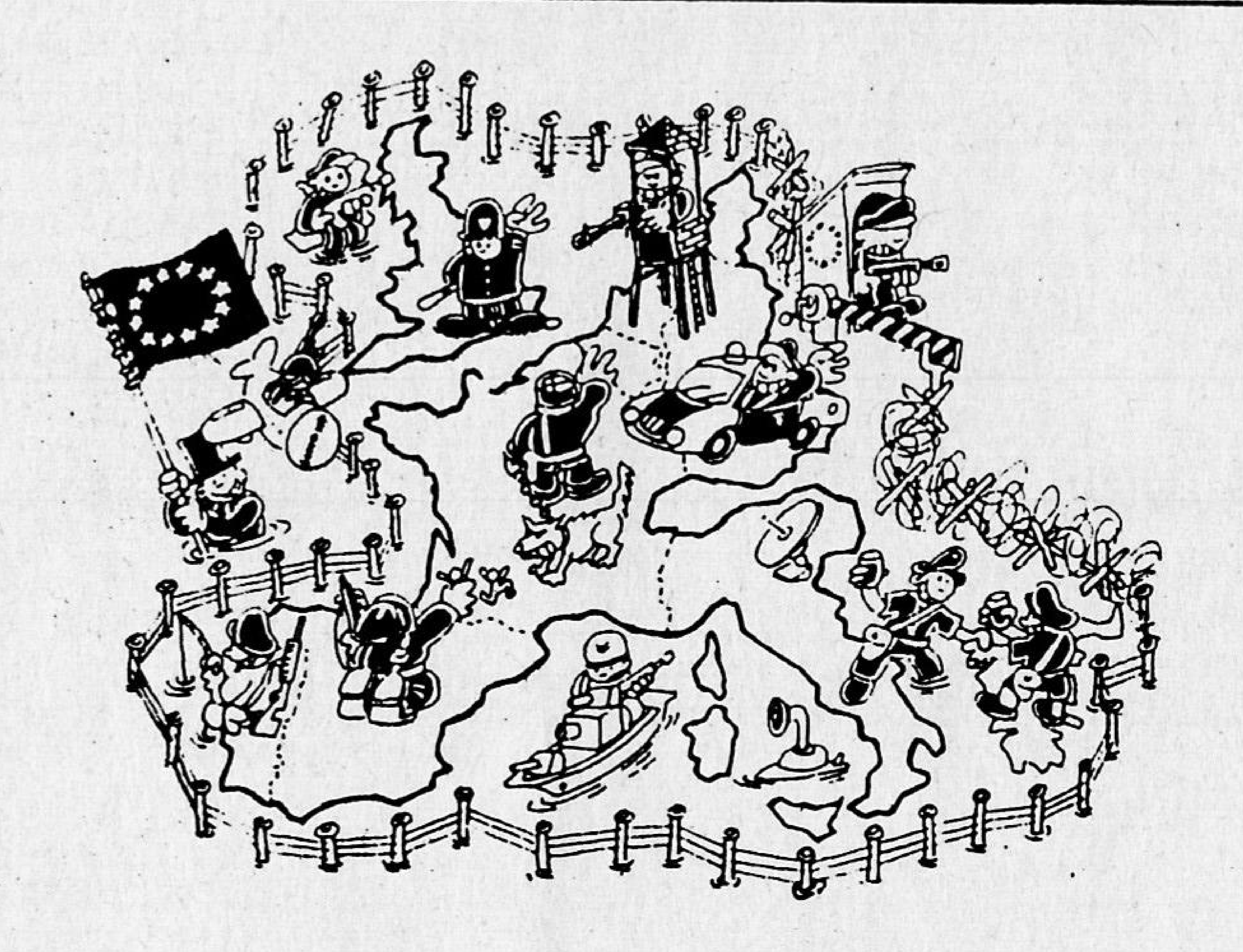
Mittlerweile wurde auch von Juan Redondo, der in Castellón sitzt, bekannt, daß er ein Angebot von besseren Haftbedingungen bekam, wenn er während einer zukünftigen Meuterei in Alcalá-Meco einen Gefangenen ermordet.

Nach den Gestoras pro-amnistia "zeigt (dies) die Ohnmacht der spanischen Regierung nach dem Scheitern ihrer Politik gegen das Kollektiv der baskischen politischen Gefangenen. Sie treten die Flucht nach vorne an und benutzen den schmutzigen Krieg, um zu erreichen, was sie bisher anders nicht erreichen konnten: Die Einheit und den politischen Zusammenhang der baskischen Gefangenen zu zerstören."

Dies war nicht der erste Hinweis auf Versuche der Bildung einer GAL im Knast. Im Juni '89 hatte die Tageszeitung "La Cronica" einen offenen Brief von Knastbeamten veröffentlicht, indem mit der Ermordung von baskischen politischen Gefangenen gedroht wurde: "Wir brauchen nicht Geisteskrankheit oder Fuenteovejuna (?, die Ü.) für uns in Anspruch zu nehmen, um Euch in einer einzigen Nacht auszurotten", hieß es in dem Schreiben, begleitet von Schmähungen und Drohungen. Kurioserweise gab es damals Überlegungen, daß sich die Knastbeamten Rivas Dávila schnappen würden. In dem damaligen Schreiben wurden außerdem AnwältInnenvereine und Menschenrechtsorganisationen bedroht. Eine Gruppe junger AnwältInnen hatte daraufhin von der Generalstaatsanwaltschaft und der DGIP gefordert, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um das Leben der Gefangenen zu schützen.



La intervención de la Guardia Civil no fue tal y como se afirmaba en la versión oficial.



TERMINE

Do 25.4.

21^{00} "Alltag und Widerstand in Neukölln" Video über antifaschistischen Widerstand im 3.Reich
Infoladen daneben Rigaerstr.84

21^{00} YOK - Quetschenpaua spielt keine Geige (schwarz-roter Gesang in unsa Sprache, bekloppte Geschichten und Zaubereien). Die gesamte Eintrittskohle geht in den "autonomen 1.Mai-Topf"...wer nicht kämpft und lacht, hat schon verloren.Reichenbergerstr. 63a, Hinterhofkella

Fr 26.4.

20.30 Diskussion "Frauen im Radio" Schokofabrik Mariannenstr. 6 1/36

21^{00} Roger spielt >Kuno Duckdich< Reichenbergerstr. 63a Hinterhauskella

" Kuno Duckdich " handelt von einem Jugendlichen, der nach vielen Bewerbungen überraschenderweise eine Ausbildungsstelle bei der Spielzeugfirma "Intervall" bekommt - schwere Arbeit für " 'n Appel und n' Ei." Handlangerdienste. Fegen. Aufräumen. Drecksarbeit. Kurze Pausen. Wenig Zeit zum Ausruhen. Befehle. Anweisungen. Druck. Kuno Duckdich duckt sich. Duldet. Wartung von Maschinen. Technik diktiert Arbeitsabläufe. Schwitzen. Schmiere. Tempo. Staubige Luft. Schelte. Entmündigung durch anonyme Vorgesetzte. Tempo. Zensierung. Kontrolle. Ausbeutung. Plastikgeruch. Spielzeuglager. Einordnung. Unterordnung. Grelles Hallenlicht. Ruß. Gestank. Beschimpfungen. Tempo...

Unfähig, sich dagegen zu wehren, staut sich bei Kuno Duckdich eine Wut, die schließlich ausbricht und sich gegen die Spielzeugfirma richtet. "Intervall" entläßt ihn sofort. Seine Wut steigt. Die Aggressivität wird durch staatliche Institutionen, von denen er jetzt abhängig ist, und die Reaktion seiner Mitmenschen auf seine "selbstverschuldete" Arbeitslosigkeit geschürt. Je aggressiver er wird, um so heftiger reagiert seine Umwelt auf ihn. Letztendlich zerreißt er seine Kleidung, zerstört alles um ihn herum, um so der Welt des Zwanges und der Norm zu entkommen, greift einen Stein und wirft!
Hier endet das Theaterstück. Kein Hinweis auf Alternativen, anderes Verhalten, andere Lösungen. Es ist die Entwicklung, Situation eines Menschen ohne Vielleicht, Wenn und Aber. Ein Stück, das den unterdrückten Lehrling in das Licht der Bühne rückt, ohne die Unterdrückung zu erklären. Ein Stück, das Unterdrückung, Abhängigkeit zeigt, doch keine Antwort auf das Warum gibt.

abends " 1 Jahr Besetzung's Fest" in der Rigaerstr. 78

Sa 27.4.

12^{00} Spektakel in Kreuzberg gegen Miethaie und StadtverplanerInnen
Oranienplatz

13.30 "Abgasarm gegen Auto- und Hauptstadtwahn" Fahrraddemo
Leopoldplatz Wedding

15^{00} Straßenfest Sparrplatz Ubhf Wedding

21^{00} Videos >1.Mai 1989< und >Big Black< Infoladen daneben Rigaerstr.

21^{00} PR*Theater präsentiert "Die vorletzte Hoffnung der Wartenden" (das ist absurdes Theater aus Oldenburg) reichenbergertstr. 63a

So 28.4.

15^{00} Antifaschistische Aktion - Sonntagsspaziergang in Friedrichshain
Treff Frankfurter Tor

15^{00} Konzert vorm Knast Moabit mit Live-Musik vom Laster:"Slips Revenge"
Treff Ubhf Turmstr.

20^{00} offenes Treffen des Infostützpunktes K36, Reichenberstr. 63a VH

Eine Informations- und Ausstellungsreihe der Bürgerinitiative Stadtring-Süd (BISS) und der Galerie Olga Benario



So.	21.4.	Ausstellungseröffnung 13.00 h
Do.	25.4.	"Kiez oder Cash" Strukturwandel in Neukölln und Auswirkungen auf die Bewohner
Mo.	29.4.	Video: "Autobahnkreuz Wuppertal"
Do.	02.5.	"Wohnen im Stau; Stau statt Wohnen" Auswirkungen von Straßenbau auf Wohnqualität
Mo.	06.5.	"Infoabend für Wohnungssuchende" Die Berliener Mietergemeinschaft informiert über beschränkte Möglichkeiten
Mo.	13.5.	Video: Schade, daß Beton nicht brennt"
Do.	16.5.	Video: "Der lange Jammer"
Do.	23.5.	Film: "Himmelsheim"
Di.	28.5.	"Organisierung der Obdachlosigkeit" Betroffene fragen, Verantwortliche kneifen (?) (Eingeladen sind VertreterInnen von Stadt & Land, dem Bezirksamt und von MieterInnenorganisationen)

GALERIE OLGA BENARIO
FORUM GEGEN NEOFASCHISMUS SEXISMUS RASSISMUS UND IMPERIALISMUS

Die Veranstaltungen beginnen jeweils um 19.00 Uhr★Die Ausstellung ist Mo. - Fr. ab 17.00 Uhr geöffnet★Fahrtverbindung: U-Bhf. Rathaus Neukölln

Mo 29.4.

17^{oo} zwischen O-Platz und Alex: "das längste Transparent der Welt"MieterInnen protestieren mit einer Transparentaktion gegen Mietenexplosion.
Route: O-Platz, Leuschnerdamm, Waldemarstr., adalbertstr., Melchiorstr., Michaeli-Kirchstr., Köpenickerstr., Brückenstr., Jannowitzbrücke,Roland-ufer, Klosterstr., Jüdenstr., Rotes Rathaus, Alex

19^{oo} **1.Mai Vollversammlung Versammlungsraum Mehringhof**

Di 30.4.

18^{oo} Walpurgisnachtdemo Treff Kleistpark Schöneberg

21^{oo} Walpurgisnachttanz Drugstore Potsdamerstr. 180 1/30



Mi 1.5.

ja was wohl?

13^{oo} O*Platz

Route: Skalitzerstr., Görlitzerstr., Oppelnerstr., Wrangelstr., Falckensteinstr., Oberbaumbrücke, Warschauerstr., Kopernikusstr., Simon-Dachstr., Niederbarnimstr., Proskauerstr., Liebigstr., **Abschluß:** Bänschstr./Proskauerstr.

15^{oo} Feste gegen Rassismus und Umstruktuierung
Lausitzerplatz und Kollwitzplatz
Kein Alk!

Do 2.5.

21^{oo} Video "Deutschland erwache" Infoladen Daneben Rigaerstr.84

1. MAI

GEMEINSAM FEIERN – ZUSAMMEN KÄMPFEN!

Straßenfest auf dem Sparrplatz
Sa., 27. April, 15 Uhr   U-Bhf. Wedding

LIVEMUSIK, KINDERFEST, Fahrad-Demo 13.30 Leopoldplatz!



Revolutionäre 1. Mai-Demo
13 Uhr Oranienplatz

anschließend Fest!

GEGEN PATRIARCHAT UND KAPITAL, FASCHISMUS UND RASSISMUS – INTERNATIONAL!